

Unkorrigiert!
Sendesperrfrist: Mittwoch,
8. Oktober 2008, 11 Uhr

Wochenbericht

Herbstgrundlinien: Realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise beherrschbar

Seite **612**

Die Finanzkrise hält die Welt in Atem – und dürfte dennoch mit geeigneten Gegenmaßnahmen beherrschbar bleiben. Die realwirtschaftlichen Folgen für Deutschland halten sich bislang in Grenzen. Für 2009 erwartet das DIW Berlin ein Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent.

von Christian Dreger, Stefan Kooths, Sebastian Weber, Florian Zinsmeister

Finanzmarktkrise: Wie bedroht ist die deutsche Wirtschaft?

Seite **613**

Sechs Fragen an Christian Dreger

Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommensschichten

Seite **628**

Der Erfolg der Linkspartei verunsichert nicht nur die SPD. Diese Unsicherheit dürfte auch auf falschen Vorstellungen beruhen, wer eigentlich zu den Anhängern der Linken gehört. Tatsächlich zeigt die Auswertung sozio-ökonomischer Daten: Weder handelt es sich bei den Anhängern der Linkspartei um Geringverdiener noch um soziale Absteiger. Viel eher dominiert die Angst vor dem Abstieg.

von Martin Kroh und Thomas Siedler

Europas Bankenkrise: Ein Aufruf zum Handeln

Seite **640**

Dokumentation

Finanzmarktkrise: Staatsgarantien statt Verstaatlichung

Seite **642**

Kommentar von Christian Dreger

Herbstgrundlinien: Realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanzkrise beherrschbar

Christian Dreger
cdreger@diw.de

Stefan Kooths
skooths@diw.de

Sebastian Weber
sweber@diw.de

Florian Zinsmeister
fzinsmeister@diw.de

Die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Entwicklung wird auch in Deutschland momentan von den Ereignissen an den Finanzmärkten überlagert. Die Wertberichtigungen und Liquiditätsengpässe im Bankensektor drohen inzwischen ein Ausmaß anzunehmen, das zu einer ernstzunehmenden Verknappung der Kreditvergabe an die Realwirtschaft führen kann. Eine solche Zuspitzung der Krise ist nicht ausgeschlossen, ihr kann jedoch durch eine geeignete Reaktion der Politik vorgebeugt werden. Dabei spielt die Bereitschaft des Staates, bei systemrelevanten notleidenden Banken im Ernstfall Liquiditätsversorgung und Fortführung der Geschäftstätigkeit sicherzustellen, eine wesentliche Rolle.

Die Eintrübung der Konjunktur in den letzten Monaten ist zwar auch auf die Finanzkrise, weit mehr aber darauf zurückzuführen, das sich der letzte Aufschwung allmählich seinem Ende neigt. Für das laufende Jahr prognostiziert das DIW Berlin für Deutschland ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,9 Prozent. Im nächsten Jahr werden es dann 1,0 Prozent sein. Die Wachstumsverlangsamung wird allerdings durch statistische Effekte stark überzeichnet. Die bereinigten Verkaufsraten sind im kommenden Jahr sogar etwas kräftiger als im laufenden Jahr. Dabei verlagern sich die Wachstumsbeiträge von den Exporten und den Investitionen zunehmend auf den privaten Verbrauch.

Der Konsum wird insbesondere von dem zurückliegenden Beschäftigungsanstieg gestützt, der die Einkommensperspektiven der Haushalte verbessert hat. Daneben spielt der allmähliche Rückgang der Inflation eine wesentliche Rolle. Während die Preissteigerungen in diesem Jahr im Durchschnitt bei 2,9 Prozent liegen dürften, werden es im kommenden Jahr 2,2 Prozent sein.

Die Fiskalpolitik sollte in dieser Situation die automatischen Stabilisatoren wirken lassen und an-

sonsten die Konsolidierung fortsetzen. Ein darüber hinausgehender Handlungsrahmen ist nicht gegeben. Zwar können leicht negative Wachstumsraten für Deutschland in der zweiten Hälfte dieses Jahres nicht ausgeschlossen werden. Allerdings zeigen sich darin auch technische Effekte, Anzeichen für eine tiefere Rezession sind nicht gegeben. Die Geldpolitik im Euroraum hat zunehmend Spielraum für Zinssenkungen, ohne dass es zu einer Erhöhung der Inflationserwartungen kommt. Diesen Spielraum sollte die Europäische Zentralbank nutzen.

Die Weltwirtschaft befindet sich derzeit in einem unruhigen Fahrwasser. Das macht Prognosen der wirtschaftlichen Entwicklung momentan besonders unsicher. In normalen Zeiten lassen sich die konjunkturellen Grundmuster einigermassen verlässlich durch empirische Verfahren vorher sagen. Derzeit wird die Entwicklung jedoch stark von negativen Finanzmarktschocks überlagert. Die von den USA ausgehende Finanzkrise hat inzwischen eine internationale Dimension erreicht, so dass vermehrt auch europäische Banken betroffen sind. Inzwischen haben die drohenden Wertberichtigungen auf verbrieftete Kreditportfolios in den Büchern der Banken und auf notleidende Kredite ein Ausmaß angenommen, das zu einer ernstzunehmenden Verknappung der Kreditvergabe an die Realwirtschaft führen kann. Eine solche Zuspitzung der Krise ist nicht ausgeschlossen, ihr kann jedoch durch eine geeignete Reaktion der Politik vorgebeugt werden. Dazu hat auch das staatliche Hilfspaket in den USA beigetragen, das in der letzten Woche verabschiedet wurde und trotz ordnungspolitischer Bedenken insgesamt zur Entspannung der Situation an den Finanzmärkten beitragen wird (Kasten 1).

Bislang halten sich die realwirtschaftlichen Effekte der Finanzkrise in Europa und Deutschland

Sechs Fragen an Christian Dreger

Finanzmarktkrise: Wie bedroht ist die deutsche Wirtschaft?

Herr Dr. Dreger, die Finanzmarktkrise in den USA sorgt weltweit für Erschütterungen. Besteht die Gefahr, dass die Krise auf die gesamte Wirtschaft Deutschlands durchschlägt?

Die Gefahr besteht durchaus. Allerdings nur, wenn die Politik nicht eingreift. Aber die politischen Entscheidungsträger haben bereits Maßnahmen eingeleitet, um die Krise abzufedern.

Eine dieser Maßnahmen ist das milliardenschwere Finanzpaket für den angeschlagenen Münchener Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate. Halten Sie das für die richtige Maßnahme?

Es kommt immer darauf an, im Einzelfall zu prüfen, ob eine Bank systemrelevant ist oder nicht. Durch die Vernetzung können Zusammenbrüche einzelner Banken auch Zusammenbrüche anderer Banken oder des Finanzsystems nach sich ziehen. Hier kam es darauf an, den Märkten zu signalisieren: Die Politik ist tatsächlich auch bereit einzugreifen, um die Krise abzuwenden.

Bei den Rettungsprogrammen für bedrohte Banken sind riesige Summen im Spiel. Wäre das viele Geld nicht woanders besser investiert, beispielsweise in wirtschaftsfördernde Maßnahmen?

Das sind im Moment natürlich keine tatsächlichen Zahlungen. Der Staat steht zunächst einmal Gewehr bei Fuß und kann notfalls einspringen, wenn diese Kredite platzen sollten. Es ist aber noch überhaupt nicht gesagt, inwieweit das tatsächlich der Fall sein wird.

Die Finanzkrise hat Auswirkungen auf die Kreditvergabe der Banken. In welchem Maße wird das die Konjunktur beeinträchtigen?

Wir haben noch keine starken Überschwappeffekte der Finanzmarktkrise in den USA. Dort hat die Konjunktur natürlich gelitten, insbesondere weil der Immobilienpreisboom ein Ende hat. Investitionen und Konsum in den USA dürften sich nicht gut entwickeln. In Europa, vor allem in Deutschland, spielt die Kreditverknappung

bisher keine große Rolle. Wenn der Staat hier einspringt, dann besteht zunächst nicht die Gefahr, dass es zu deutlichen Kreditverknappungen für die Realwirtschaft kommt. Ohnehin ist die deutsche Wirtschaft weniger kreditfinanziert als die der USA.

Der Finanzminister reagiert bereits auf die Finanzmarktkrise durch Bürgschaften für Kredite. Sind weitere Maßnahmen nötig?

Längerfristig muss man die Finanzaufsicht überdenken. Europa hat einen ordnungspolitischen Flickenteppich. Die Finanzmarktaufsicht ist national organisiert, die Banken hingegen zunehmend international. Das passt nicht zusammen und ist nicht effizient. Die Länder können unterschiedlich auf die gleiche Krise reagieren, und das stärkt nicht den europäischen Bankenplatz. Daher ist eine stärkere Harmonisierung der Finanzaufsicht in Europa erforderlich. Man muss allerdings auch aufpassen, dass der Wettbewerb und die zunehmende Marktintegration nicht behindert werden.

Wie können die Notenbanken dazu beitragen, dass die Inflation nicht aus dem Ruder läuft?

Wir haben eine Beruhigung beim Anstieg der Lebensmittelpreise und eher zurückgehende Energiepreise. Deshalb haben wir für das nächste Jahr niedrigere Inflationsraten als im Moment zu erwarten. Allerdings muss speziell die US-Notenbank dazu beitragen, das von ihr geschaffene Inflationspotential abzubauen. Durch das Finanzpaket hat der Staat in den USA jetzt für eine gewisse Beruhigung der Finanzmärkte gesorgt. Das gibt der Geldpolitik speziell in den USA wieder Raum, die Inflationsbekämpfung anzugehen. Im Euroraum sind die Verhältnisse anders. Hier hat die EZB nicht in dem Maße wie die USA für die Überschwemmung der Märkte mit Liquidität gesorgt. Für den Euroraum sind ganz im Gegenteil sogar Zinssenkungen denkbar, die im nächsten Jahr dann auch kommen sollten.



PD Dr. Christian Dreger
Leiter der
Konjunkturabteilung
am DIW Berlin

„Europa hat einen
» ordnungspolitischen «
Flickenteppich.“

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.

Das vollständige In-
terview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de

Kasten 1

US-Finanzmarktkrise: So nahm das Unheil seinen Lauf

Mit dem Untergang der großen amerikanischen Investmentbanken, insbesondere mit der Insolvenz von Lehman Brothers, hat die Finanzmarktkrise einen neuen Höhepunkt erreicht. Angesichts der durch Liquiditätsengpässe in Bedrängnis geratenen Hypo Real Estate mehren sich Sorgen, dass die Finanzmarktkrise auch auf dem deutschen Finanzplatz zu krisenhaften Zuspitzungen führt.

Ausgangspunkt der Krise ist das Platzen der Blase auf dem amerikanischen Immobilienmarkt. So fiel der OFHEO-Index der amerikanischen Immobilienpreise im zweiten Quartal 2008 gegenüber dem Vorjahr um 4,8 Prozent. Der auf die Küstenregionen beschränkte Case-Shiller-Index fiel sogar um 15,4 Prozent.¹ Das Fallen der amerikanischen Immobilienpreise führt zu Wertberichtigungen von Hypothekenkrediten und damit zu einer Verschlechterung der Eigenkapitalposition der betreffenden Banken. Durch neue Finanzinstrumente wie die Collateralized Debt Obligations (CDO) wurden diese Hypothekenkredite gebündelt – in der Regel sowohl gute wie schlechte Risiken – und zwischen den Finanzmarktakteuren gehandelt. Eine zentrale Rolle kam den bislang führenden Rating-Agenturen zu, die offensichtlich viel zu freizügig bei der Bescheinigung guter Bonität waren. Zusätzlich tauchen viele dieser Finanzinstrumente nicht in den Bilanzen der betreffenden Banken auf, da sie im Rahmen von Zweckgesellschaften de jure ausgegliedert wurden. Diese drei Faktoren haben dazu geführt, dass eine genaue Einschätzung der Ausfallrisiken und damit des Ausmaßes von Wertberichtigungen erschwert ist. Die Beurteilung des Insolvenzrisikos einer Bank wird damit nahezu unmöglich.

In der Folge ist die Unsicherheit im Interbankengeschäft stark gestiegen. Dies erhöht zum einen die Liquiditätshaltung in der eigenen Bank, um für Zahlungsausfälle bei den eigenen Forderungen gewappnet zu sein, zum anderen kann das Risiko der Kreditgewährung an andere Banken nicht mehr eingeschätzt werden. Dementsprechend kam es zu einer deutlichen Anspannung auf dem Interbankenmarkt. Da Kreditinstitute üblicherweise langfristige Forderungen auch über kurzfristige Verbindlichkeiten finanzieren, drohte schnell die Illiquidität der betroffenen Institute. In der ersten Phase der Finanzmarktkrise versuchte die amerikanische Federal Reserve Bank, durch umfassende Kreditgewährung an den Bankensektor als Ersatz für den ausgefallenen Interbankenhandel einzuspringen. In dieser Phase ging man noch davon aus, dass es sich primär um eine Ver-

trauenskrise handelt, die durch die Bereitstellung von Liquidität aufgefangen werden könnte.

In der zweiten Phase der amerikanischen Finanzmarktkrise setzte sich die Erkenntnis durch, dass die drohenden Wertberichtigungen ein Ausmaß annehmen könnten, welches zu einer ernstzunehmenden Verknappung der Kreditvergabe an den Nichtbankensektor führen kann. Hintergrund ist das angestrebte Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital im Bankensektor: Dieser Verschuldungsgrad steigt, wenn in Folge von Wertberichtigungen das Eigenkapital einer Bank geschmälert wird. Um dem entgegen zu wirken, muss entweder Eigenkapital nachgeschossen oder die Bilanz verkürzt werden. Letzteres bedeutet, dass Aktiva aufgelöst werden, um damit ausstehende Verbindlichkeiten zu tilgen. Dies kann insbesondere darin bestehen, dass Kreditlinien gekürzt beziehungsweise nicht verlängert werden.

Das Eigenkapital des amerikanischen Finanzsektors beträgt rund 1,7 Billionen US-Dollar,² während die weltweiten Verluste aus dem amerikanischen Hypothekengeschäft auf 650 Milliarden US-Dollar taxiert werden, wovon etwa die Hälfte auf amerikanische Finanzinstitute entfällt. Der Vergleich beider Zahlen zeigt, dass die Eigenkapitalposition der US-Banken – allerdings nur in der Summe – ausreicht, um die Verluste aus den Immobiliengeschäften zu verkraften. Es zeigt aber auch, dass zur Aufrechterhaltung eines konstanten Verschuldungsgrades eine erhebliche Einschränkung der Kreditvergabe droht.

Diese Betrachtung unterzeichnet die drohende Entwicklung noch. Zur Stützung der Eigenkapitalquote werden auch andere Aktiva verkauft, um Verbindlichkeiten zu begleichen. Versucht der gesamte Bankensektor Aktiva zu verkaufen, sinken deren Preise, und es entsteht abermals ein Wertberichtigungsbedarf. Darüber hinaus sinkt in Krisenzeiten der anvisierte Verschuldungsgrad. Dies liegt daran, dass der „Value-at-Risk“ – das ist der maximale Verlust, der an einem Tag nach menschlichem Ermessen droht – in solchen Phasen steigt. Um das Risiko des Totalverlustes einzudämmen, sind die Banken bestrebt, ihren Verschuldungsgrad herabzusetzen. Beide Effekte führen dazu, dass die Kreditvergabe an den Nichtbankensektor um ein Vielfaches stärker eingeschränkt werden könnte, als die ursprünglichen Wertberichtigungen implizieren würden. Durch die Auswirkungen auf die Realwirtschaft kommt es zu einer erneuten Wertberichtigung der Aktiva des Bankensektors, wodurch eine erneute Schleife

¹ Hatzius, J.: Beyond Leveraged Losses: The Balance Sheet Effect of the Home Price Downturn. Brookings Papers of Economic Activity, Conference Draft, 2008.

² Greenlaw, D. et al.: Leveraged Losses: Lessons from the Mortgage Market Meltdown, US Monetary Policy Forum Draft, 2008.

von Wertberichtigungen und Krediteinschränkungen in Gang gesetzt wird.

Nach der Bereitstellung von Liquidität in der ersten Phase der Finanzmarktkrise durch die Federal Reserve Bank wird nun in der zweiten Phase durch den Paulson-Plan versucht, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Der Kauf problembehafteter Hypothekenkredite durch den amerikanischen Staat reduziert den Wertberichtigungsbedarf und stärkt die Eigenkapitalbasis des Bankensektors. Entscheidend für die Wirksamkeit der Maßnahme ist der Preis, der für die betroffenen Wertpapiere gezahlt wird. Dabei entsprechen die anvisierten 700 Milliarden US-Dollar den aktuellen Schätzungen zum Ausfall von

Hypothekenkrediten. Zusätzlich zur Stärkung der Eigenkapitalbasis führt der Kauf der Wertpapiere zu einem Abbau der Unsicherheit, da der Wertberichtigungsbedarf nach Realisierung der Maßnahme eindeutig feststeht. Der Zeitpunkt der Maßnahme scheint richtig gewählt zu sein, da die Jahreswachstumsrate der Kreditvergabe an den Unternehmenssektor gegenüber den Jahren 2006 und 2007 zwar deutlich von 10,5 beziehungsweise 13 Prozent auf 5,7 Prozent im zweiten Quartal 2008 gesunken ist, diese Rate aber noch in etwa dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Eine starke Einschränkung der Kreditvergabe ist also noch nicht eingetreten und kann durch den Rettungsplan durchaus noch verhindert werden.

in Grenzen. Die Auswirkungen betreffen bisher in erster Linie den Interbankenhandel, während die Kreditvergabe an Nichtbanken noch keinen merklichen Schaden genommen hat. Die Wirtschaftspolitik wäre auch einer Verschärfung der Situation nicht hilflos ausgeliefert, verfügt sie doch über geeignete Instrumente, um verloren gegangenes Vertrauen wiederherzustellen und eine umfassende Selbstblockade auf den Finanzmärkten aufzulösen. Die Wirksamkeit dieser Mittel setzt schnelles und entschlossenes Eingreifen voraus. Das DIW Berlin geht in der vorliegenden Analyse davon aus, dass eine Eindämmung der Finanzkrise gelingt (Kasten 2).

Weltwirtschaft

In den Industrieländern hat sich die Konjunktur in den letzten Monaten deutlich eingetrübt. Dies ist nicht allein eine Folge der Finanzkrise, denn der Aufschwung neigt sich generell mehr und mehr seinem Ende zu. Dagegen hielt das Wachstum in großen aufholenden Ländern wie China und Indien, aber auch in Teilen Lateinamerikas bis zuletzt an, wenngleich die Dynamik etwas schwächer geworden ist (Tabelle 1). Generell wirken die neuen Wachstumszentren wie Puffer auf die Abschwächungstendenzen in den Industriestaaten, auch wenn sie deren Wachstumsschwäche nicht ausgleichen können. Derzeit legt die weltwirtschaftliche Produktion nur noch mit Jahresraten um 2,5 Prozent zu. Ähnlich niedrige Werte gab es zuletzt in der ersten Jahreshälfte 2003, also in der Spätphase des letzten Abschwungs.

Den USA stehen nun einige Quartale eines geringen Wachstums ins Haus. Die im Sommer etwas kräftigere Entwicklung kam wesentlich durch das Konjunkturprogramm zustande, dessen nur tem-

poräre Wirkung nicht unerwartet kommt. Das Platzen der Blase auf dem Immobilienmarkt und die Finanzmarktkrise haben auf die konjunkturelle Entwicklung durchgeschlagen – gelitten haben dabei insbesondere die Bauproduktion und die Beschäftigung. Die Verunsicherung bei den Verbrauchern und Investoren ist hoch. Bis zur Mitte des nächsten Jahres dürfte die Entwicklung beim privaten Verbrauch und den Investitionen noch äußerst schwach bleiben. Expansive Effekte sind lediglich über den Außenhandel zu erwarten, da bei rückläufigen Importen die Exporte einige Quartale von der jüngsten Dollarabwertung profitieren.

Die konjunkturelle Schwächephase in den USA ist vor allem für Länder relevant, deren Wirtschaftsleistung in starkem Maß vom Export abhängt. Dazu gehört insbesondere Japan. Die Ausfuhren Japans dürften insgesamt aber noch zulegen, wenn auch mit niedrigeren Raten. Zwar sind die USA nach wie vor der größte Abnehmer japanischer Produkte, aber der innerasiatische Markt hat sich in den letzten Jahren als immer wichtiger erwiesen. So erreichten die Exporte Japans nach China noch vor zehn Jahren weniger als 20 Prozent der Ausfuhr in die USA. Derzeit sind es wertmäßig mehr als 75 Prozent. Dies zeigt, dass die weltwirtschaftliche Bedeutung der USA erheblich abgenommen hat. Auch China, das stark vom Export abhängt, wird von der Wachstumsschwäche in den USA nicht unberührt bleiben. Die Effekte dürften sich aber in Grenzen halten, da dort das Wachstum auch in hohem Maße vom privaten Konsum und von den Investitionen getrieben wird. Noch stärker sind die binnenwirtschaftlichen Wachstumskräfte in Indien einzuschätzen.

Die rohstoffexportierenden Länder (insbesondere Naher Osten, Lateinamerika und Russland)

Kasten 2

Finanzmarktkrise und Realwirtschaft: Deutschland ist anders

Die Turbulenzen an den Finanzmärkten in Folge der US-amerikanischen Hypothekenkrise haben auch hierzulande Befürchtungen über realwirtschaftliche Ansteckungseffekte aufkommen lassen. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass sich die deutsche Situation in mehrfacher Hinsicht deutlich von der US-amerikanischen unterscheidet:

Die Immobilienmärkte in Deutschland haben keine Phase der Preisübertreibungen hinter sich. Im Gegenteil sind die realen Immobilienwerte seit Jahrzehnten stabil. Unmittelbare Ansteckungseffekte auf den deutschen Immobilienmarkt können daher ausgeschlossen werden. Die von der rückläufigen Immobilienbewertung in den USA zu erwartenden dämpfenden Effekte auf den dortigen Konsum sind auf die Situation in Deutschland, wo starke Abhängigkeit des privaten Verbrauchs von der Vermögensentwicklung praktisch nicht existiert, ohnehin nicht übertragbar.

Darüber hinaus steht die Immobilienfinanzierung hierzulande auf einem deutlich solideren Fundament; neben wesentlich geringeren Beleihungsgrenzen ist auch das Marktsegment für verbrieftete Immobilienkredite (mortgage-backed securities), das aufgrund undurchsichtiger Bonitätsbewertungen im Zentrum der amerikanischen Finanzkrise steht, in den USA viel bedeutender: Während in Übersee derzeit etwa 4,8 Billionen US-Dollar in derartigen Papieren verbrieft sind (dies entspricht knapp 30 Prozent aller Verbindlichkeiten des finanziellen Sektors), beläuft sich das Verbriefungsvolumen in Deutschland nur auf etwa 25 Milliarden Euro (weniger als ein Prozent aller Verbindlichkeiten des finanziellen Sektors). Das Pendant zum derzeitigen Problemerkern des amerikanischen Finanzsektors spielt damit für die Finanzwirtschaft in Deutschland praktisch keine Rolle.

Der Anteil des Finanzgewerbes (Banken und Versicherungen) an der gemessenen gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung ist in den USA mit acht Prozent etwa doppelt so hoch wie in Deutschland. Mögliche Turbulenzen dieses Wirtschaftszweigs, die dessen Produktionsleistung beeinträchtigen, schlagen somit in den USA weitaus stärker unmittelbar auf die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsleistung durch. Dies gilt insbesondere deshalb, weil die bislang besonders einkommensträchtigen und damit wertschöpfungsintensiven Tätigkeiten (zum Beispiel im Bereich des Investment-Banking) stärker von einer rückläufigen Entwicklung bedroht sind als das traditionelle Bankgeschäft, das für Deutschland prägend ist.

Gleichwohl ergeben sich Belastungen für die deutsche Finanzwirtschaft daraus, dass auch deutsche Banken

in amerikanische Wertpapiere investiert hatten, die im Zuge der krisenhaften Zuspitzung auf den Finanzmärkten einen erheblichen Wertberichtigungs- und Abschreibungsbedarf nach sich gezogen haben. Dieser beläuft sich seit Ausbruch der Krise auf bisher rund 38 Milliarden Euro – gut zehn Prozent des Eigenkapitals. Die deutsche Kreditwirtschaft hat diese Verluste bislang durch Überschüsse aus anderen Geschäften sowie durch die Aufnahme frischen Eigenkapitals auffangen können, so dass das Verhältnis zwischen ausgereichten Krediten und der Eigenkapitalbasis der Banken auf dem Vorkrisenniveau von 8:1 stabilisiert werden konnte. Ein Problem besteht allerdings darin, dass sich die Banken in zunehmendem Maße untereinander misstrauen und die Kreditvergabe im Interbankenverkehr ins Stocken gekommen ist, so dass einzelne Kreditinstitute wie aktuell die Hypo Real Estate in Liquiditätsschwierigkeiten geraten können. Trotz großer ordnungspolitischer Bedenken sind deshalb – auch mit staatlicher Beteiligung – Stützungsmaßnahmen für solche Institute erforderlich, deren Niedergang erhebliche negative Auswirkungen für den gesamten Finanzsektor in Deutschland hätte.

Zwar hat die Vertrauenskrise innerhalb des Bankensektors immer wieder zu Anspannungen auf den Interbankenmärkten geführt; diese konnten durch die außerplanmäßige Liquiditätszufuhr der Zentralbanken aber weitgehend aufgefangen werden. Der Geld- und Kreditschöpfungsmultiplikator ist seit Ausbruch der Krise stabil geblieben. Dies deutet darauf hin, dass die monetären Mechanismen in Deutschland auch unter den Krisenbedingungen funktioniert haben. Insbesondere hat die Kreditvergabe an den nicht-finanziellen Unternehmenssektor unter der bisherigen Krise nicht gelitten – im Gegenteil.¹

Auch die Konditionen sind kaum verschärft worden, da die leicht höheren Risikoaufschläge auf sichere Renditen erhoben werden, die im Verlauf der Krise etwa im gleichen Umfang nachgegeben haben. Ferner deutet die Fristen- und Größenstruktur der Kreditentwicklung nicht darauf hin, dass die für eine Kreditverknappung typische Benachteiligung kleinerer beziehungsweise kapitalschwächerer Unternehmen bislang im nennenswerten Umfang eingetreten wäre.²

¹ Die rückläufige Entwicklung bei Konsumten- und Wohnbaukrediten dürfte indes eindeutig nachfrageseitig begründet werden. Hier setzten sich die Trends fort, die bereits vor dem Ausbruch der Finanzkrise angelegt waren.

² Vgl. hierzu auch Kooths, S., Rieger, M.: Caught in the US Subprime Meltdown 2007/2008: Germany Loses its Wallet but Escapes Major Harm. DIW Discussion Papers, Nr. 825, 2008.

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in ausgewählten Ländern

	Gewichte (BIP) in Prozent	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent								2006	2007	2008	2009
		2006	2007	2008	2009	2006	2007	2008	2009				
Euroraum	17,3	3,0	2,6	1,2	0,8	2,0	2,1	3,4	2,5	8,6	7,7	7,7	8,0
Großbritannien	3,2	2,9	3,1	1,1	0,1	2,3	2,3	3,8	2,8	5,4	5,4	5,3	6,1
Mittel- und Osteuropa	2,5	5,0	4,4	3,2	3,0	2,9	4,0	5,0	4,1	9,9	7,6	7,5	7,2
Russland	3,2	7,4	8,1	7,3	6,4	9,7	9,0	13,9	10,8	7,1	6,1	6,0	5,8
USA	21,2	2,8	2,0	1,8	1,0	3,2	2,9	4,6	2,5	4,6	4,6	5,4	6,1
Japan	6,6	2,4	2,0	0,9	0,5	0,3	0,1	1,3	1,0	4,1	3,8	4,0	4,1
China und Hongkong	11,3	11,6	11,9	9,9	8,9	1,5	4,8	6,5	4,0	-	-	-	-
Südkorea	1,8	5,1	5,0	3,9	2,9	2,2	2,5	5,0	5,0	3,4	3,2	3,3	3,3
Indien	4,6	9,7	9,0	7,5	7,8	5,8	6,4	7,4	7,1	10,1	9,7	9,8	9,7
Brasilien	2,8	3,7	5,4	5,1	4,5	4,2	3,6	5,8	5,0	10,0	9,3	7,7	8,1
Mexiko	2,1	4,9	3,2	2,3	2,8	3,6	4,0	4,9	4,8	3,6	3,7	3,6	3,4
Insgesamt	100,0	4,1	3,9	3,0	2,8	3,1	3,3	5,5	4,2	-	-	-	-

Quellen: Weltbank; Internationaler Währungsfonds; EU-Kommission; AMECO Datenbank. 2008 und 2009: Prognose von Global Insight.

DIW Berlin 2008

profitieren trotz der jüngsten Preissenkungen immer noch von relativ hohen Rohstoffpreisen. Die Ausfuhrerlöse werden vor allem für die private und staatlich induzierte Binnennachfrage verwendet. Damit einher gehen verstärkte Investitions- und Konsumgüterimporte aus den Industrieländern.

Die alten Mitgliedsländer der EU wiesen bis zum Frühjahr meist noch ein robustes Wachstum auf, inzwischen ist es aber zu einer deutlichen Abschwächung gekommen. In Deutschland, Frankreich und Italien war das Wachstum im 1. Quartal dieses Jahres noch stark. Danach schwächte sich allerdings die Investitions- und die Konsumnachfrage deutlich ab – auch wegen starker Preisanhebungen. Die Exporte wurden durch die Aufwertung des Euro gegenüber den anderen Währungen belastet. In einigen Ländern – Großbritannien, Irland und Spanien – drücken die hausgemachten Immobilienkrisen auf die Konjunktur. Auch in anderen Ländern wie Frankreich und den Niederlanden ist ein deutlicher Rückgang der Immobilienpreise nicht auszuschließen.

Die neuen Mitgliedsländer der EU, allen voran Polen, Tschechien und die Slowakei, haben bisher kaum Anzeichen einer konjunkturellen Schwäche gezeigt. Wegen der starken Handelsverflechtungen mit den alten EU-Ländern dürfte sich das Wachstum jedoch etwas verlangsamen.

Die weltweite Inflation, die in den letzten Monaten durch steigende Lebensmittel- und Energiepreise angetrieben wurde, wird allmählich schwächer werden. Dies ist auch auf Angebotseffekte zurückzuführen. So haben die höheren Lebensmittel-

preise die Produzenten zu einer Ausweitung ihrer Kapazitäten veranlasst. Die Rohölpreise dürften um 100 US-Dollar pendeln; sie wären damit gegenüber ihrem Höchststand vom Juli 2008 um rund 50 US-Dollar niedriger (Kasten 3). Zu der Preissenkung hat die zurückgehende Nachfrage im Zuge der nachlassenden Konjunktur, aber auch die Aufwertung des US-Dollar gegenüber dem Euro in den vergangenen Monaten beigetragen. Diese dürfte sich noch etwas fortsetzen, so dass eine Parität von 1,40 US-Dollar pro Euro aus heutiger Sicht realistisch erscheint. Dazu trägt vor allem die hier unterstellte unterschiedliche Ausrichtung der Geldpolitiken im Prognosezeitraum bei (siehe Abschnitt Geldpolitik).

Kasten 3

Annahmen der Prognose

Die wichtigsten Annahmen der vorliegenden Prognose bis Ende 2009 zeigt die Tabelle. Es wurden die tatsächlichen Werte bis August 2008 berücksichtigt.

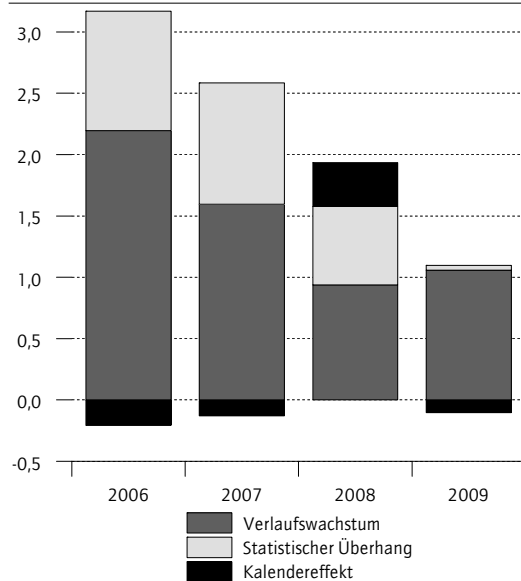
	2007	2008	2009
Ölpreis (US-Dollar/Barrel)	71	105	100
Wechselkurs (US-Dollar/Euro)	1,36	1,5	1,4
Welthandel (Wachstum in Prozent)	7,5	4,1	3,6
Weltwirtschaft (Wachstum in Prozent)	3,8	2,9	3
Leitzinssatz der EZB	3,85	4,1	3,5
Leitzinssatz der US-Notenbank	5,05	2	2,75

DIW Berlin 2008

Abbildung 1

Technische Zerlegung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Deutschland

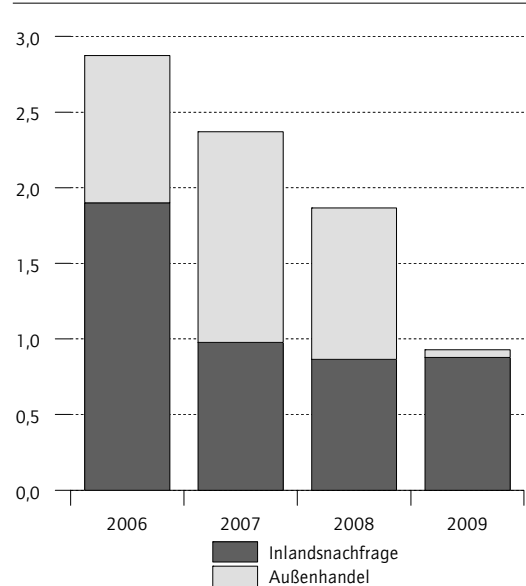
Die Konjunktur in Deutschland hat sich ebenfalls deutlich abgekühlt. Nach dem negativen Wachstum im zweiten Quartal dürfte die Entwicklung für den Rest des Jahres schwach bleiben, so dass eine „technische“ Rezession durchaus möglich ist. Allerdings fehlen die Anzeichen, die für eine tiefere rezessive Entwicklung in Deutschland typisch sind. Dazu zählen insbesondere sinkende Exporte und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit. Zwar werden die Exporte für den Rest des Jahres aufgrund der langsameren Weltkonjunktur schwächer expandieren, in den negativen Bereich rutschen sie allerdings nicht ab. Und auch ein Anstieg der Arbeitslosigkeit ist nicht zu erwarten. Für 2008 prognostiziert das DIW Berlin ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent und für 2009 einen Zuwachs von 1,0 Prozent. Die in diesen Jahreswerten zum Ausdruck kommende Wachstumsabschwächung wird durch Kalender- und statistische Überhangeffekte stark überzeichnet. Tatsächlich ist das um diese Sondereffekte bereinigte Verlaufswachstum im Jahr 2009 sogar etwas kräftiger als im laufenden Jahr. (Abbildung 1).

Nachfrageseitig dämpft der Außenhandel das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr (Tabelle 2). Kommt es in diesem Jahr noch zu einem höheren Anstieg bei den Ausfuhren als bei den Einfuhren, wird sich 2009 die Entwick-

Abbildung 2

Beiträge zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts

In Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

lung bei beiden Komponenten die Waage halten. Demgegenüber bleibt das Expansionstempo der Binnennachfrage mit einem Wachstumsbeitrag von knapp einem Prozentpunkt erhalten (Abbildung 2). Dies geht allerdings einher mit deutlichen Verschiebungen: Während von der

Tabelle 2

Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts¹

In Prozentpunkten

	2006	2007	2008	2009
Konsum	0,7	0,2	0,2	0,7
Privater Verbrauch	0,6	-0,2	-0,1	0,5
Staatsverbrauch	0,1	0,4	0,3	0,2
Bruttoanlageinvestitionen	1,3	0,7	0,8	0,0
Ausrüstungen	0,8	0,5	0,5	0,1
Bauten	0,5	0,2	0,4	-0,1
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0
Lagerveränderungen	-0,1	0,1	-0,1	0,1
Inlandsnachfrage	1,9	1,0	0,9	0,9
Außenhandel	1,0	1,4	1,0	0,1
Ausfuhr	5,2	3,4	2,5	1,4
Einfuhr	-4,2	-2,0	-1,5	-1,4
Bruttoinlandsprodukt²	3,0	2,5	1,9	1,0

¹ In Preisen des Vorjahres; Abweichungen in den Summen sind rundungsbedingt.

² Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2008 und 2009: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,2	0,8	3,0	2,5	1,9	1,0
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	38 883	38 850	39 097	39 768	40 299	40 485
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	4 160	4 573	4 250	3 602	3 239	3 138
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 387	4 861	4 487	3 776	3 263	3 103
Erwerbslosenquote ² , ILO (in Prozent)	9,7	10,6	9,8	8,3	7,5	7,2
Arbeitslosenquote ² , BA (in Prozent)	10,2	11,2	10,4	8,7	7,5	7,1
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,7	1,6	1,6	2,3	2,9	2,2
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-0,4	-0,7	-1,1	0,5	0,4	0,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-83,5	-74,3	-35,9	3,1	6,6	18,9
In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-3,8	-3,3	-1,5	0,1	0,3	0,7
Leistungsbilanzsaldo (in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	4,8	5,2	6,1	7,5	7,7	7,3

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen.

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
Berechnungen des DIW Berlin, 2008 und 2009: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Investitionstätigkeit im kommenden Jahr keine Wachstumsimpulse zu erwarten sind, kommt es erstmals seit 2006 zu einer Erholung des privaten Verbrauchs. Diese wird vor allem von der starken Beschäftigungsexpansion der letzten Jahre getragen, die die Einkommensperspektiven bei den Haushalten verbessert hat. Da die Inflation hinter der Entwicklung der Pro-Kopf-Löhne zurückbleiben wird, entstehen zusätzliche Impulse für die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Trotz sich abschwächender Wachstumsraten bei der Wertschöpfung wurde bis zuletzt die Beschäftigung – insbesondere die sozialversicherungspflichtige – unvermindert kräftig aufgebaut, und die Arbeitslosigkeit hat weiter abgenommen. Das ist ein Phänomen, das im vorhergehenden Konjunkturzyklus nicht zu beobachten war. Insgesamt keinen Einfluss hatte dabei die aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Zahl der Ein-Euro-Jobs stagniert seit längerem, und immer weniger Personen haben Mittel zur Förderung der Selbständigkeit in Anspruch genommen. Etwas ausgeweitet wurde die Zahl der Teilnehmer an Bildungsmaßnahmen, und auch die subventionierte abhängige Beschäftigung hat zugenommen. Das trotz nachlassender Konjunktur die Zahl der Arbeitsplätze weiter wuchs, lässt sich deshalb nur mit einem nachholenden Aufbau zuvor stark angespannter Kapazitäten erklären. Im Prognosezeitraum werden die Beschäftigungszuwächse deshalb immer schwächer ausfallen (Tabelle 3). Die Arbeitslosenquote sinkt von

7,5 Prozent im laufenden Jahr auf 7,1 Prozent im nächsten.

Der Auftrieb bei den Verbraucherpreisen, der zur Jahresmitte noch deutlich oberhalb von drei Prozent lag, dürfte sich im Zuge wieder nachlassender Preissteigerungen bei wichtigen Einfuhrgütern und einem weiterhin nur moderaten Anstieg der Lohnstückkosten kontinuierlich zurückbilden. Für das laufende Jahr wird mit einer Inflationsrate von 2,9 Prozent gerechnet, im nächsten Jahr sind es durchschnittlich 2,2 Prozent – mit von Quartal zu Quartal abnehmenden Raten.

Exporte: Delle aber kein Einbruch

Nachdem in den zurückliegenden Jahren die Ausfuhr die Hauptstütze des deutschen Wirtschaftswachstums war, kommt es zu einer deutlichen Verlangsamung des Exportwachstums. Mit den USA, Großbritannien und Spanien sind gleich drei der zehn wichtigsten Exportländer Deutschlands direkt von der Finanzkrise und drastischen Preisrückgängen auf den einheimischen Immobilienmärkten betroffen. Der Rückgang der Nachfrage aus diesen Ländern führt in der ersten Hälfte des Jahres 2009 zu einer deutlichen Delle in der Entwicklung der Ausfuhr. Ein weiteres Abrutschen der Exporte wird allerdings durch die robuste konjunkturelle Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern sowie durch das nach wie vor kräftige Wachstum in Schwellenländern wie China und Indien verhindert. Ein Rückgang des

realen Wechselkurses, bedingt durch eine leichte Abwertung des Euro, stützt die deutschen Exporte ebenfalls. Mit der schrittweisen Überwindung der weltwirtschaftlichen Abschwächung werden aber die Exporte in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder leicht zunehmen.

Importe: Energierechnung sinkt

Die konjunkturelle Abkühlung sowie die Preisanhebungen bei importierten Gütern wie Lebensmitteln um die Jahresmitte dämpfen die mengenmäßigen Zuwächse bei den Importen. Diese nehmen 2008 um 3,8 Prozent und 2009 um 3,3 Prozent zu. Unterjährig betrachtet wird das Einfuhrwachstum im Prognosezeitraum aber wieder an Fahrt gewinnen. Die Importpreis-inflation, die im ersten Halbjahr 2008 deutlich angezogen hatte, dürfte sich angesichts der Entspannung bei wichtigen Rohstoffpreisen, wie sie auch schon zuletzt zu beobachten war, wieder zurückbilden. Dies schafft zusätzliche Nachfragespielräume im Inland. So fällt die deutsche Energieimportrechnung für das Jahr 2009 um etwa 20 Milliarden Euro niedriger aus, als es noch bei den im Sommer zugrunde gelegten Annahmen zu erwarten war.

Investitionen: Langsame Erholung 2009

Nach starken Zuwächsen bei den Ausrüstungsinvestitionen bis zum Frühjahr kam es zu einer deutlichen Abkühlung der Investitionstätigkeit. Neben einer technischen Reaktion auf die kräftige Expansion in den beiden vorangegangenen Quartalen ist dies auch Ausdruck der Eintrübung des konjunkturellen Klimas. Derzeit weisen alle Indikatoren für die Investitionstätigkeit deutlich nach unten. So fällt der Ifo-Geschäftsklimaindex seit einigen Monaten, wobei sich insbesondere die Geschäftserwartung der Unternehmen eingetrübt hat. Die Kapazitätsauslastung und Auftragseingänge sind rückläufig, sie liegen aber noch oberhalb ihres langjährigen Durchschnitts. Der Auftragsbestand ist trotz des Rückgangs bei den Eingängen weiterhin hoch.

Für das zweite Halbjahr 2008 ist eine Stagnation der Investitionstätigkeit absehbar. Für 2009 zeichnet sich eine langsame Erholung ab. Die anziehenden Exporte führen insbesondere in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zu einer Ausdehnung der Investitionen bei der exportierenden und der ihr vorgelagerten Wirtschaft. Die Erholung des Konsums wirkt sich ebenfalls stützend auf die Investitionen aus. Trotz der Belebung in der zweiten Jahreshälfte bleibt die Jahresrate aufgrund des schleppenden Starts in das Jahr 2009 deutlich hinter der Rate für 2008 zurück.

Mit einem Zuwachs von 0,9 Prozent werden die Ausrüstungsinvestitionen nur noch einen kleinen Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandsprodukts leisten.

Ein ungünstigeres Bild zeichnet sich bei den Bauinvestitionen ab. So sanken sowohl die Baugenehmigungen als auch die Auftragseingänge des Baugewerbes über mehrere Monate. Zuletzt zeigten die Baugenehmigungen allerdings wieder nach oben. Ein Einbruch wird aufgrund des relativ hohen Auftragsbestandes bei den Baubetrieben wohl nicht stattfinden. Mit dem Anziehen der Konjunktur und der Ausrüstungsinvestitionen 2009 erholt sich vor allem der Wirtschaftsbau, so dass es zu einer leichten Zunahme beim Nichtwohnungsbau kommen wird.

Die Wohnungsbaukonjunktur bleibt nach wie vor schwach. Die Zunahme der wirtschaftlichen Aktivität im nächsten Jahr wird sich vorerst nicht auf den Wohnungsbau auswirken, da bei einer moderaten Einkommensentwicklung und starker Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung keine größeren, langfristigen finanziellen Engagements der privaten Haushalte zu erwarten sind.

Insgesamt wird die Jahreswachstumsrate der Bauinvestitionen nach 3,8 Prozent im Jahr 2008 auf -0,6 Prozent im Jahre 2009 sinken.

Privater Konsum: Mehr Spielraum dank sinkender Inflation

Mit einem Zuwachs des privaten Konsums ist für das Gesamtjahr 2008 nicht mehr zu rechnen, vielmehr ist ein Rückgang um 0,2 Prozent absehbar. Hierfür ist, wie schon im Vorjahr, in erster Linie die negative Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte verantwortlich. Dies liegt zum einen daran, dass die Effektivverdienste in diesem Jahr nicht mit der Inflationsrate Schritt halten – dem Pro-Kopf-Anstieg der Effektivlöhne um 2,4 Prozent steht eine Verbraucherpreis-inflation von 2,9 Prozent gegenüber. Zudem werden die mit dem Beschäftigungsaufbau verbundenen Lohnsummeneffekte durch eine gegenläufige Entwicklung der Transfereinkommen abgeschwächt. Auch bei den Gewinneinkommen ist kein realer Zuwachs zu erwarten.

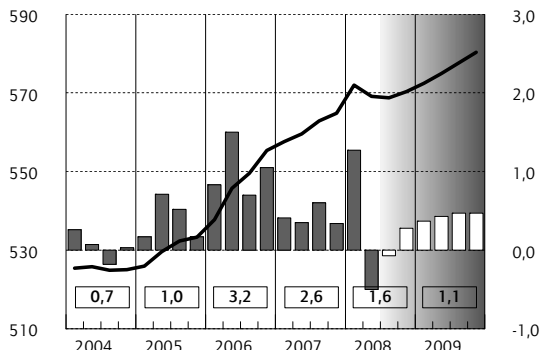
Im kommenden Jahr wird der private Verbrauch indes um ein Prozent wachsen. Die sich dann deutlich zurückbildenden Teuerungs-raten lassen die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte erstmals seit zwei Jahren wieder zunehmen. Die Sparquote dürfte nicht weiter steigen (Abbildung 3).

Abbildung 3

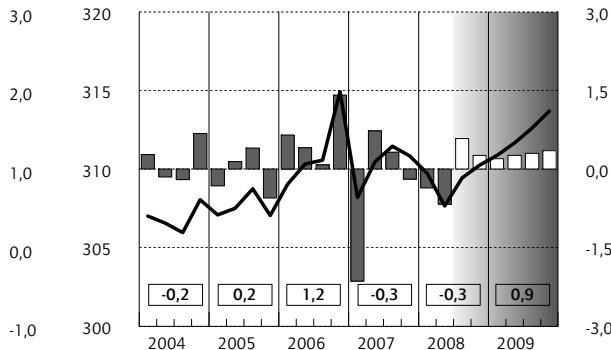
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

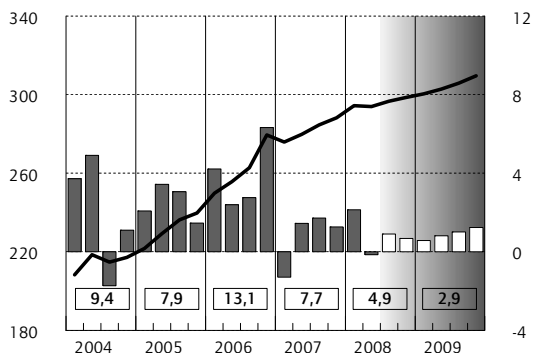
Bruttoinlandsprodukt



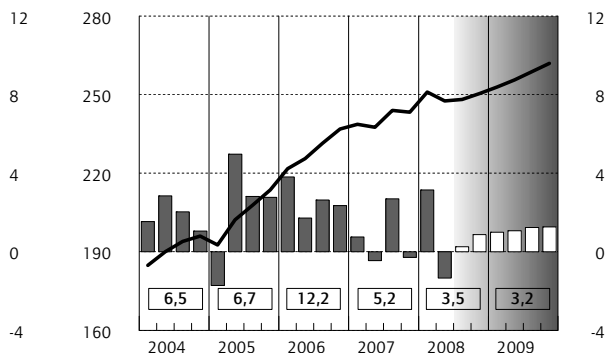
Konsumausgaben der privaten Haushalte



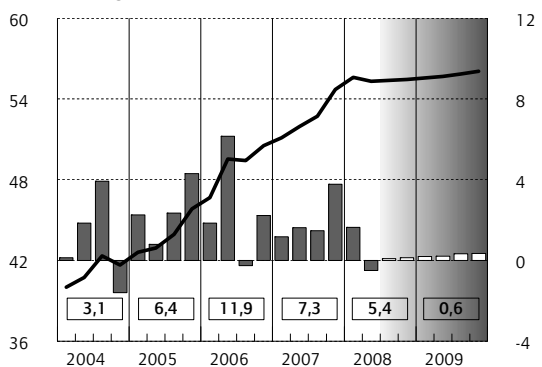
Exporte



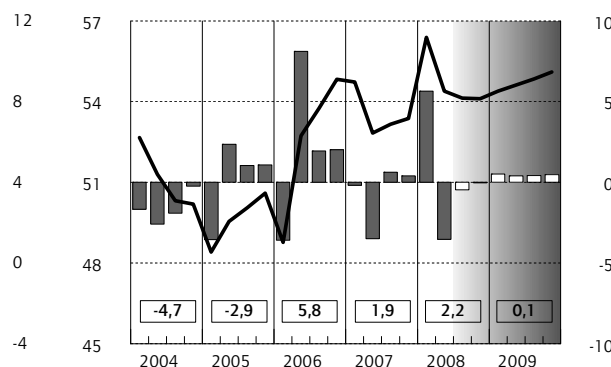
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 □ Kalenderbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

1 Auf Jahresraten hochgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Öffentliche Haushalte

Der Budgetüberschuss des Staates lag im ersten Halbjahr 2008 trotz des immer noch günstigen konjunkturellen Umfeldes mit 6,7 Milliarden Euro nur um knapp 2 Milliarden Euro über dem

Saldo des Vorjahreszeitraums.¹ Die Entwicklung des Budgetsaldos trat damit praktisch auf der Stelle, nachdem der Defizitabbau in den vorhergehenden Jahren große Fortschritte gemacht hatte.

1 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Für das gesamte Jahr 2008 ist nur mit einem Plus von 6,6 Milliarden Euro (0,3 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts) zu rechnen; im nächsten Jahr werden es rund 19 Milliarden Euro sein (0,7 Prozent).

Die Steuereinnahmen sind im bisherigen Jahresverlauf weiter kräftig gestiegen. Im gesamten Jahr dürfte der Zuwachs in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 3,4 Prozent betragen. Hierzu trägt wesentlich die Lohnsteuer bei. Sie ist kassenmäßig bis August um 7,9 Prozent gestiegen; diese Rate dürfte auch im Vorjahresvergleich erreicht werden. Die Dynamik bei den gewinnabhängigen Steuern ist nach wie vor intakt, jedoch entwickelten sie sich aufgrund der Absenkung des Satzes der Körperschaftsteuer um zehn Prozentpunkte auf 15 Prozent auf niedrigerem Niveau. Im Prognosezeitraum könnten sich noch steuerliche Mindereinnahmen aufgrund von Abschreibungen der Finanzinstitute als Folge der Finanzkrise einstellen; diese lassen sich derzeit jedoch schlecht prognostizieren.² Die übrigen Einkommensteuern (nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, veranlagte Einkommensteuer, Abgeltungssteuer) sind bis August sehr stark gewachsen und dürften dies auch im weiteren Jahresverlauf tun, da die Steuerzahlungen der konjunkturellen Entwicklung zeitlich nachlaufen.

Für das nächste Jahr wird ein Wachstum der Steuereinnahmen von 3,6 Prozent prognostiziert; es liegt damit deutlich über der Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts, was die Steuerquote steigen lässt. Hierzu tragen auch die infolge des anziehenden Konsums wachsenden Umsatzsteuereinnahmen sowie die sich weiterhin kräftig entwickelnde Lohnsteuer bei.³

Die Einnahmen aus Sozialbeiträgen werden 2008 um 1,7 Prozent und damit deutlich geringer als die Bruttolohn und -gehaltsumme steigen. Dies ergibt sich aus der Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung zum Jahresbeginn um 0,9 Prozentpunkte, dem eine Anhebung der Pflegeversicherungsbeiträge zur Jahresmitte um 0,25 Prozentpunkte entgegensteht. Der Faktor Arbeit wurde damit 2008 um rund neun Milliarden Euro entlastet. Im nächsten Jahr hingegen dürften die Sozialbeiträge aufgrund der absehbaren Anhebung des Beitragssatzes zu den

gesetzlichen Krankenversicherungen auf 15,5 Prozent mit 3,3 Prozent etwas stärker steigen als die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe.

Das Wachstum der Staatsausgaben erhöht sich 2008 zwar spürbar auf 2,4 Prozent (2007: 0,9 Prozent), es bleibt aber weiterhin unterhalb des Wachstums des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurück, so dass die Staatsquote um 0,5 Prozentpunkte auf 43,4 Prozent sinkt und sich damit der Trend seit 2003 fortsetzt. Im nächsten Jahr dürfte das Ausgabenwachstum 2,2 Prozent betragen und die Staatsquote stagnieren.

Die Arbeitnehmerentgelte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst steigen in diesem Jahr um 2,3 Prozent, im nächsten werden es 2,5 Prozent sein (2007: 0,3 Prozent). Zwar führt der fortgesetzte Stellenabbau zu Einsparungseffekten, diese werden jedoch durch höhere Tarifabschlüsse mit durchschnittlichen Gehaltserhöhungen von drei Prozent zur Mitte dieses Jahres und 2,8 Prozent im nächsten Jahr überkompensiert. Die monetären Sozialleistungen hingegen dürften im laufenden Jahr aufgrund der weiterhin positiven Beschäftigungsentwicklung annähernd stagnieren. Für 2009 ist jedoch aufgrund von Anpassungen bei der Leistungshöhe eine Steigerung von 1,9 Prozent absehbar. Maßnahmen wie die Erhöhung des Kindergeldes um rund zehn Euro pro Kind, die Erhöhung des BAFöG-Satzes und des Wohngeldes tragen ebenfalls zur Ausweitung der Transfers bei.

Die Bruttoinvestitionen des Staates dürften 2008 und 2009 relativ stark zunehmen, und zwar um 6,2 beziehungsweise 4,9 Prozent. So sorgte die verbesserte kommunale Finanzlage im vergangenen Jahr für einen kräftigen Anstieg der staatlichen Investitionen in der ersten Jahreshälfte 2008. Dies ist sicher auch Ausdruck eines erheblichen infrastrukturellen Nachholbedarfs, der sich in Folge der Sparpolitik der letzten Jahre sowie der angespannten Finanzsituation der öffentlichen Haushalte aufgestaut hatte.

Erhebliche Haushaltsrisiken ergeben sich durch die Bürgschaften, die Bund und Länder für marode Landesbanken und private Finanzinstitute übernommen haben. Da im Moment nicht absehbar ist, in welchem Umfang die Bürgschaften in Anspruch genommen werden, sind in der vorliegenden Prognose keine zusätzlichen Ausgaben hierfür berücksichtigt.

Finanzpolitik

Aufgabe der Finanzpolitik ist es, auf einen überzyklischen Budgetausgleich zu achten und

² Bis zur Jahresmitte 2008 sind bei deutschen Finanzinstituten rund 40 Milliarden Euro an Abschreibungen aufgelaufen. Bei einem durchschnittlichen effektiven Unternehmenssteuersatz von 30 Prozent sind daher maximale Steuerausfälle von rund 12 Milliarden Euro möglich, wobei diese über mehrere Jahre gestreckt erfolgen können.

³ Zudem wird das Kassenaufkommen dadurch erhöht, dass die Kindergeldzahlungen zurückgehen. Dieses wird vom Bruttoaufkommen der Lohnsteuer abgezogen, ein Rückgang erhöht somit das Kassenaufkommen.

dadurch stabilisierend zu wirken. Eine aktive Stabilisierungspolitik in Form eines Ausgabenprogramms ist nur dann angezeigt, wenn sich ein heftiger konjunktureller Einbruch abzeichnet, der ein Gegensteuern erforderlich macht. Allerdings ist immer mit erheblichen Wirkungsverzögerungen finanzpolitischer Eingriffe zu rechnen. Zudem muss sichergestellt werden, dass es sich um Mehrausgaben handelt, die erstens temporär angelegt sind und deshalb bei konjunktureller Erholung wieder zurückgeführt werden, und zweitens, dass sie investiven Charakter haben, um das mittelfristige Wachstum zu stützen.

Maßnahmen wie die derzeit diskutierte Wiedereinführung der Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer oder eine Erhöhung des Kindergeldes und anderer sozialer Leistungen können daher lediglich als Einkommensstütze angesehen werden, zur Belebung der Konjunktur eignen sie sich jedoch nicht. Bei ohnehin angespannten Arbeitsmärkten und einer absehbar wieder aufwärtsgerichteten Konjunktur sollte der Pfad der Konsolidierung der Staatsfinanzen vor konsumtiven Programmen Vorrang haben.

Auf der Einnahmenseite führten die wesentlichen fiskalpolitischen Maßnahmen des vergangenen und des laufenden Jahres bereits zu einer expansiven Ausrichtung der Politik. Die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung hat den privaten Sektor um neun Milliarden Euro entlastet. Hinzu kommen für 2008 Mindereinnahmen in Folge der Unternehmensteuerreform in Höhe von acht Milliarden Euro, so dass insgesamt eine Entlastung der Steuerpflichtigen um 17 Milliarden Euro erfolgt. Richtig ist, dass über die sogenannte kalte Progression, also das Aufrücken in höhere Steuertarife, die effektive Einkommensteuerbelastung im Laufe der Zeit automatisch zunimmt. Dies ist verteilungspolitisch problematisch, hat aber auch zur Haushaltskonsolidierung beigetragen. Gegenläufige Effekte gibt es bei den preisunabhängigen Mengensteuern auf den Verbrauch (Energiebesteuerung, Tabaksteuer, Grundsteuer und andere Steuern auf spezielle Güter), deren Sätze nicht an die Preisentwicklung angepasst werden. Ihr Aufkommen steigt daher im Zeitablauf unterproportional – und kann sogar bei veränderter Nachfrage sinken. Den durchaus berechtigten Forderungen nach einer Korrektur der Einkommensbesteuerung aufgrund „heimlicher Steuererhöhungen“ sollte daher momentan nur nachgegeben werden, wenn diese aufkommensneutral erfolgt, um die Handlungsfähigkeit des Staates nicht weiter einzuengen.

Die Unsicherheit bezüglich der Entwicklung der öffentlichen Haushalte ist im Moment besonders

groß. Eine Abkühlung der Konjunktur könnte bereits im nächsten Jahr einen Rückgang der Steuereinnahmen zur Folge haben. Zudem ist nicht klar, wie hoch die Mindereinnahmen in Folge der Unternehmensteuerreform in den nächsten Jahren tatsächlich ausfallen. Zusätzliche Steuereinbußen könnten sich aufgrund der Finanzkrise ergeben. Auch die Höhe möglicher Bürgschaftsleistungen bleibt abzuwarten. Mit der aktuellen Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung sind deren Einnahmen an einem deutlich abgesenkten Niveau der Arbeitslosigkeit ausgerichtet worden. In schlechteren Zeiten könnte daher auch der Arbeitsmarkt erneut zu einer Belastung der öffentlichen Haushalte werden.

Sowohl aus haushalterischer Sicht als auch aus Stabilisierungserwägungen heraus ist es daher momentan angezeigt, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und Fiskalpolitik mit einer ruhigen Hand zu betreiben. Dies bedeutet auf der einen Seite, konjunkturbedingte Schwankungen der Einnahmen zuzulassen. Auf der anderen Seite ist eine mittelfristig angelegte Ausgabenlinie zu verfolgen, ohne in den Abschwung hinein zu sparen. Die Erfahrung der Sparpolitik ab 2001 hat gezeigt, dass diese zusätzlich destabilisierend gewirkt hat. Um diesen festen Ausgabenpfad finanzieren zu können, ist jedoch auch eine weitere Beschneidung der Einnahmenseite im Moment nicht sinnvoll.

Geldpolitik

Durch die Notwendigkeit, die Krise auf den Finanzmärkten zu bewältigen, sind der Geldpolitik diesseits und jenseits des Atlantiks momentan weitgehend die Hände gebunden. Vorrangiges Problem war die Beseitigung der Liquiditätsgänge auf dem Interbankenmarkt durch die kurzfristige Bereitstellung zusätzlichen Zentralbankgeldes. Diese Maßnahmen sind allerdings nicht hinreichend, um die Finanzmärkte nachhaltig zu stabilisieren. Mit dem Paket zum Aufkauf notleidender Kredite in den USA ist indes ein längerfristiger Beitrag geleistet worden, um das Vertrauen bei den Marktteilnehmern wiederherzustellen. Durch diese Staatsintervention gewinnt die Federal Reserve Bank geldpolitischen Handlungsspielraum zurück. Die Zentralbank kann in der Folge stärker die überfällige Inflationsbekämpfung angehen. Zwar sind die Preissteigerungen vor allem durch weltwirtschaftliche Entwicklungen wie etwa die höhere Nachfrage in den Schwellenländern verursacht. Sie sind jedoch zum Teil auch hausgemacht, da die US-Notenbank mit ihrer extrem expansiven Ausrichtung zu einer Erhöhung der globalen Liquidität beigetragen

hat. Daher ist die Federal Reserve Bank gehalten, das Inflationspotential wieder abzuschöpfen. Im Prognosezeitraum wird von Zinserhöhungen um insgesamt 100 Basispunkte auf dann drei Prozent ausgegangen. Die derzeit in den USA diskutierten Zinssenkungsszenarien passen demgegenüber nicht in die geldpolitische Landschaft. Wie die Erfahrungen gerade in den USA gezeigt haben, ist es sehr gefährlich, eine Krise auf den Finanzmärkten mit einer extrem lockeren Geldpolitik bekämpfen zu wollen, da dadurch die Keimzelle für eine neue Spekulationsblase gelegt werden könnte. Es waren die durch „billiges Geld“ ausgelösten Exzesse, durch die ein riesiges Kreditvolumen aufgetürmt wurde. Eine Einschränkung der Kreditvergabe ist daher für die Zukunft wünschenswert.

Auch im Euroraum wird gegenwärtig das Ziel stabiler Preise nicht erreicht. Die Verbraucherpreise sind zuletzt im Schnitt um knapp vier Prozent gestiegen. Da geldpolitische Maßnahmen bis zu ihrer Wirkung erhebliche Zeitverzögerungen haben, spielt jedoch nicht die aktuelle, sondern die erwartete Inflation die entscheidende Rolle. Die Prognosen sehen hier verhalten optimistisch aus. Die Preissteigerungen dürften in der zweiten

Jahreshälfte allmählich nachlassen und im kommenden Jahr weiter rückläufig sein, so dass eine Wiederannäherung an die Zielvorstellungen der EZB zu erwarten ist.

Im Euroraum ist die angezogene Inflation nicht auf eine zu expansive Geldpolitik zurückzuführen. Daher besteht für die EZB zunehmend ein Spielraum für Zinssenkungen, ohne die Inflationserwartungen der Marktteilnehmer zu destabilisieren. Zudem geht von der Kapazitätsauslastung kein Inflationsdruck aus. Darüber hinaus dürften sich die Lohnsteigerungen im Großen und Ganzen im vertretbaren Rahmen halten. Die Wahrscheinlichkeit für Lohn-Preis-Spiralen ist eher gering, da sich der rasante Beschäftigungsaufbau aus den letzten Jahren nicht mehr fortsetzen wird. In der vorliegenden Prognose wird davon ausgegangen, dass die EZB die Zinsen im Jahr 2009 um insgesamt 75 Basispunkte senkt.

Durch den Abbau der Zinsdifferenz zwischen dem amerikanischen und dem europäischen Währungsraum dürfte es zu einer leichten Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar kommen.

JEL Classification:
E32, E66, F01

Keywords:
Economic outlook,
Business cycle forecasts,
Consumption,
Foreign trade

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	0,6	1,7	1,3	0,5	1,8	1,6	1,5	1,2	0,7	0,3
Arbeitszeit, arbeitstätig	0,6	0,8	-0,8	-0,2	0,9	0,7	-0,5	-1,0	0,8	-1,1
Arbeitsstage	-0,8	-0,6	1,1	0,0	-0,5	-0,8	0,8	1,4	-1,9	1,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,5	1,8	1,6	0,2	2,2	1,5	1,8	1,5	-0,5	0,9
Produktivität ¹	2,5	0,6	0,3	0,8	0,7	0,5	0,7	-0,1	0,4	1,2
Reales Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,5	1,9	1,0	3,0	2,0	2,4	1,4	-0,1	2,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 780,6	1 809,4	1 852,7	1 905,6	876,9	932,4	898,5	954,2	922,3	983,3
Private Haushalte ²	1 355,1	1 373,7	1 404,2	1 445,3	667,2	706,5	682,0	722,2	700,3	745,1
Staat	425,4	435,6	448,5	460,3	209,7	225,9	216,5	232,0	222,0	238,2
Anlageinvestitionen	423,1	453,5	479,8	482,5	215,4	238,1	230,9	248,8	227,5	255,0
Ausrüstungen	178,1	189,4	199,3	199,3	89,4	99,9	95,9	103,4	94,6	104,7
Bauten	218,6	236,4	252,1	254,0	112,8	123,6	121,4	130,7	118,8	135,3
Sonstige Anlageinvestitionen	26,4	27,7	28,3	29,2	13,2	14,5	13,6	14,8	14,1	15,1
Vorratsveränderung ³	-13,7	-10,9	-12,6	-9,2	3,9	-14,8	6,1	-18,7	2,5	-11,7
Inländische Verwendung	2 190,0	2 251,9	2 319,9	2 378,9	1 096,2	1 155,7	1 135,5	1 184,3	1 152,3	1 226,6
Außenbeitrag	131,5	171,0	181,3	174,2	88,8	82,2	93,6	87,8	91,3	82,9
Exporte	1 052,7	1 137,2	1 207,1	1 252,7	558,2	579,0	596,7	610,4	612,1	640,6
Importe	921,2	966,2	1 025,8	1 078,5	469,4	496,8	503,1	522,7	520,8	557,7
Bruttoinlandsprodukt	2 321,5	2 422,9	2 501,2	2 553,2	1 185,0	1 237,9	1 229,1	1 272,1	1 243,6	1 309,5
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,1	1,6	2,4	2,9	1,5	1,7	2,5	2,3	2,6	3,1
Private Haushalte ²	2,3	1,4	2,2	2,9	1,2	1,5	2,2	2,2	2,7	3,2
Staat	1,3	2,4	2,9	2,6	2,4	2,4	3,2	2,7	2,6	2,7
Anlageinvestitionen	8,2	7,2	5,8	0,6	9,8	4,9	7,2	4,5	-1,5	2,5
Ausrüstungen	9,8	6,3	5,3	0,0	6,3	6,4	7,3	3,4	-1,4	1,3
Bauten	7,5	8,1	6,6	0,8	13,4	3,8	7,6	5,7	-2,2	3,5
Sonstige Anlageinvestitionen	3,9	5,1	2,3	2,9	4,8	5,4	3,0	1,6	3,7	2,2
Inländische Verwendung	3,1	2,8	3,0	2,5	2,7	3,0	3,6	2,5	1,5	3,6
Exporte	14,3	8,0	6,1	3,8	10,6	5,6	6,9	5,4	2,6	5,0
Importe	14,9	4,9	6,2	5,1	6,2	3,7	7,2	5,2	3,5	6,7
Bruttoinlandsprodukt	3,5	4,4	3,2	2,1	4,8	3,9	3,7	2,8	1,2	2,9
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 647,1	1 651,0	1 655,0	1 671,4	807,5	843,5	810,6	844,5	815,6	855,8
Private Haushalte ²	1 244,4	1 239,8	1 237,7	1 248,5	605,5	634,3	605,0	632,7	607,7	640,8
Staat	402,6	411,4	417,8	423,4	202,1	209,3	205,8	212,0	208,2	215,2
Anlageinvestitionen	433,5	452,3	473,6	475,6	214,4	237,9	227,5	246,0	223,7	251,9
Ausrüstungen	196,0	209,6	222,0	223,9	98,1	111,5	106,2	115,8	105,6	118,3
Bauten	209,2	212,9	220,6	219,3	102,2	110,7	106,6	114,0	102,7	116,6
Sonstige Anlageinvestitionen	30,3	32,7	34,7	36,8	15,3	17,4	16,4	18,2	17,6	19,2
Inländische Verwendung	2 054,9	2 078,3	2 099,2	2 120,6	1 020,8	1 057,5	1 037,2	1 062,0	1 033,5	1 087,1
Exporte	1 047,4	1 125,7	1 185,6	1 220,1	552,0	573,7	586,5	599,1	596,4	623,8
Importe	915,3	961,3	997,4	1 030,3	466,6	494,7	489,8	507,6	497,3	533,0
Bruttoinlandsprodukt	2 188,0	2 241,8	2 285,2	2 307,9	1 105,5	1 136,3	1 132,5	1 152,6	1 130,9	1 177,0
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,9	0,2	0,2	1,0	0,4	0,1	0,4	0,1	0,6	1,3
Private Haushalte ²	1,0	-0,4	-0,2	0,9	-0,2	-0,5	-0,1	-0,3	0,5	1,3
Staat	0,6	2,2	1,6	1,3	2,3	2,1	1,8	1,3	1,2	1,5
Anlageinvestitionen	7,7	4,3	4,7	0,4	6,4	2,6	6,1	3,4	-1,7	2,4
Ausrüstungen	11,1	6,9	5,9	0,9	6,8	7,1	8,3	3,8	-0,5	2,2
Bauten	5,0	1,8	3,6	-0,6	6,0	-1,9	4,2	3,0	-3,6	2,3
Sonstige Anlageinvestitionen	8,0	8,0	6,1	6,0	6,7	9,2	7,5	4,9	6,9	5,2
Inländische Verwendung	2,1	1,1	1,0	1,0	1,2	1,1	1,6	0,4	-0,4	2,4
Exporte	12,7	7,5	5,3	2,9	9,7	5,4	6,3	4,4	1,7	4,1
Importe	11,9	5,0	3,8	3,3	6,3	3,8	5,0	2,6	1,5	5,0
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,5	1,9	1,0	3,0	2,0	2,4	1,4	-0,1	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000 = 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	1,3	1,7	2,4	2,0	1,4	2,0	2,3	2,5	2,2	1,9
Konsumausgaben des Staates	0,7	0,2	1,4	1,3	0,2	0,3	1,4	1,4	1,4	1,2
Anlageinvestitionen	0,5	2,7	1,0	0,1	3,2	2,3	1,0	1,1	0,2	0,1
Ausrüstungen	-1,2	-0,6	-0,6	-0,9	-0,5	-0,6	-0,9	-0,4	-0,9	-0,9
Bauten	2,4	6,3	2,9	1,3	6,9	5,8	3,2	2,7	1,5	1,2
Exporte	1,4	0,5	0,8	0,8	0,9	0,2	0,6	0,9	0,9	0,8
Importe	2,7	-0,1	2,3	1,8	-0,1	-0,2	2,1	2,5	1,9	1,6
Bruttoinlandsprodukt	0,5	1,9	1,3	1,1	1,8	1,9	1,2	1,3	1,3	0,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 708,0	1 761,2	1 817,3	1 874,7	860,9	900,3	893,1	924,7	919,9	955,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	222,7	225,3	230,1	238,0	109,0	116,3	110,8	119,2	115,1	122,9
Bruttolöhne und -gehälter	926,7	958,2	994,8	1 026,2	453,8	504,4	471,7	523,8	487,3	539,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	558,5	577,7	592,4	610,4	298,1	279,5	310,6	281,8	317,5	292,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	311,4	344,2	349,8	364,0	154,9	189,3	161,9	187,3	164,1	199,6
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 019,3	2 105,4	2 167,1	2 238,6	1 015,9	1 089,6	1 055,0	1 112,1	1 084,0	1 154,7
Abschreibungen	343,1	358,8	361,8	365,7	181,1	177,7	182,3	179,5	184,3	181,5
Bruttonationaleinkommen	2 362,4	2 464,2	2 528,8	2 604,4	1 196,9	1 267,3	1 237,3	1 291,6	1 268,2	1 336,1
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	1 765,6	1 827,1	1 884,8	1 943,5	876,6	950,5	913,9	970,9	936,5	1 006,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	616,1	643,5	659,8	679,2	313,8	329,8	331,4	328,0	334,1	344,8
Arbeitnehmerentgelt	1 149,5	1 183,6	1 225,0	1 264,3	562,8	620,8	582,5	643,0	602,4	662,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	3,1	3,2	3,2	3,4	2,9	3,7	2,7	3,0	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,3	1,2	2,1	3,4	1,7	0,7	1,6	2,5	4,0	3,1
Bruttolöhne und -gehälter	1,6	3,4	3,8	3,2	3,5	3,3	4,0	3,8	3,3	3,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,7	3,4	2,5	3,0	3,7	3,1	4,2	0,8	2,2	4,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	10,5	10,6	1,6	4,1	11,0	10,2	4,5	-1,0	1,3	6,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	4,4	4,3	2,9	3,3	4,5	4,1	3,9	2,1	2,7	3,8
Abschreibungen	2,2	4,6	0,8	1,1	5,6	3,5	0,7	1,0	1,1	1,1
Bruttonationaleinkommen	4,0	4,3	2,6	3,0	4,6	4,0	3,4	1,9	2,5	3,5
<i>Nachrichtlich:</i>										
Volkseinkommen	4,1	3,5	3,2	3,1	3,5	3,5	4,3	2,1	2,5	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	8,7	4,5	2,5	2,9	4,0	4,9	5,6	-0,5	0,8	5,1
Arbeitnehmerentgelt	1,7	3,0	3,5	3,2	3,2	2,8	3,5	3,6	3,4	3,0
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	982,8	996,1	1 020,0	1 044,1	479,7	516,3	489,2	531,3	502,4	542,0
Nettolöhne- und -gehälter	605,2	623,4	643,6	658,2	292,4	331,0	301,6	342,6	310,0	348,5
Monetäre Sozialleistungen	458,8	450,5	453,0	460,9	226,5	224,1	227,1	226,2	229,9	231,0
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	79,7	76,7	76,5	75,1	38,9	37,8	39,2	37,5	37,5	37,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	558,5	577,7	592,4	610,4	298,1	279,5	310,6	281,8	317,5	292,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-50,0	-59,2	-61,8	-60,5	-29,4	-29,8	-32,2	-31,8	-29,8	-30,7
Verfügbares Einkommen	1 491,2	1 514,5	1 550,6	1 594,0	748,5	766,0	767,6	781,3	790,1	804,1
<i>Nachrichtlich:</i>										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22,9	26,3	30,2	32,6	12,6	13,8	15,1	15,2	16,3	16,3
Konsumausgaben	1 355,1	1 373,7	1 404,2	1 445,3	667,2	706,5	682,0	722,2	700,3	745,1
Sparen	159,0	167,1	176,6	181,2	93,9	73,2	100,7	74,3	106,2	75,4
Sparquote in Prozent ⁷	10,5	10,9	11,2	11,1	12,3	9,4	12,9	9,3	13,2	9,2
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	0,2	1,4	2,4	2,4	1,1	1,6	2,0	2,9	2,7	2,0
Nettolöhne- und -gehälter	0,4	3,0	3,2	2,3	3,0	3,0	3,1	3,5	2,8	1,7
Monetäre Sozialleistungen	-0,2	-1,8	0,5	1,8	-2,4	-1,2	0,3	1,0	1,2	2,1
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	-1,2	-3,8	-0,3	-1,9	-4,8	-2,7	0,7	-0,8	-4,3	0,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	6,7	3,4	2,5	3,0	3,7	3,1	4,2	0,8	2,2	4,0
Verfügbares Einkommen	1,9	1,6	2,4	2,8	1,4	1,8	2,6	2,0	2,9	2,9
Konsumausgaben	2,3	1,4	2,2	2,9	1,2	1,5	2,2	2,2	2,7	3,2
Sparen	1,5	5,1	5,7	2,6	4,3	6,2	7,2	1,4	5,5	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006	2007	2008	2009	2007		2008		2009	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^a										
a) Milliarden Euro										
Einnahmen										
Steuern	530,5	576,3	595,8	617,5	285,6	290,8	296,2	299,5	305,0	312,5
Sozialbeiträge	399,9	399,9	406,8	420,2	194,4	205,5	197,5	209,4	203,5	216,7
Vermögenseinkommen	17,5	18,0	18,0	18,0	10,8	7,2	11,3	6,7	11,1	6,9
Sonstige Transfers	14,1	13,9	14,3	13,9	6,6	7,3	7,0	7,4	6,5	7,4
Vermögenstransfers	9,3	9,7	10,7	10,7	4,7	5,0	5,5	5,2	5,3	5,5
Verkäufe	44,7	46,6	47,2	49,1	22,0	24,6	22,2	25,0	23,9	25,3
Sonstige Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
Insgesamt	1 016,4	1 064,7	1 093,2	1 129,7	524,2	540,5	539,7	553,4	555,3	574,4
Ausgaben										
Vorleistungen	97,9	101,9	104,7	108,3	46,7	55,3	48,0	56,8	50,0	58,4
Arbeitnehmerentgelte	167,5	168,0	171,8	176,1	80,2	87,7	81,9	89,9	84,1	92,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	65,3	67,4	70,4	70,6	33,2	34,1	35,0	35,5	35,3	35,3
Subventionen	26,7	27,1	26,6	26,4	12,7	14,4	12,6	14,0	12,4	14,0
Monetäre Sozialleistungen	426,2	418,4	421,2	429,1	210,7	207,6	211,1	210,1	213,5	215,5
Soziale Sachleistungen	171,8	178,3	184,9	192,1	87,7	90,7	91,4	93,5	95,4	96,7
Sonstige laufende Transfers	35,3	36,4	39,4	42,2	18,0	18,4	20,3	19,1	21,2	21,0
Vermögenstransfers	30,5	30,0	31,1	27,6	15,7	14,3	17,0	14,1	13,6	14,0
Bruttoinvestitionen	32,6	35,6	37,8	39,7	15,7	19,9	16,6	21,2	17,9	21,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,4	-1,4	-0,6	-0,8	-0,7	-0,8	-0,6	-0,8
Insgesamt	1 052,3	1 061,6	1 086,6	1 110,8	520,0	541,6	533,1	553,5	542,8	568,0
Finanzierungssaldo	-35,9	3,1	6,6	18,9	4,2	-1,1	6,7	0,0	12,5	6,4
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Einnahmen										
Steuern	7,6	8,6	3,4	3,6	10,5	6,9	3,7	3,0	3,0	4,3
Sozialbeiträge	0,9	0,0	1,7	3,3	0,1	-0,1	1,6	1,9	3,0	3,5
Vermögenseinkommen	24,8	2,9	0,2	-0,3	8,5	-4,5	4,6	-6,4	-1,7	2,1
Sonstige Transfers	-20,0	-1,6	3,2	-3,3	-2,7	-0,7	5,5	1,1	-6,9	0,1
Vermögenstransfers	-7,6	4,4	10,5	0,6	-0,6	9,7	16,0	5,2	-3,2	4,6
Verkäufe	0,7	4,3	1,2	4,1	3,5	5,1	0,7	1,6	7,6	1,1
Sonstige Subventionen	-12,2	-9,3	-7,7	-5,6	0,0	-15,4	-11,8	-4,5	-6,7	-4,8
Insgesamt	4,1	4,8	2,7	3,3	5,8	3,8	3,0	2,4	2,9	3,8
Ausgaben										
Vorleistungen	2,8	4,1	2,8	3,4	3,9	4,2	2,9	2,7	4,1	2,8
Arbeitnehmerentgelte	-0,7	0,3	2,3	2,5	0,3	0,3	2,1	2,5	2,6	2,4
Vermögenseinkommen	4,7	3,2	4,5	0,3	3,2	3,2	5,2	3,9	1,0	-0,3
Subventionen	-2,3	1,4	-1,9	-0,7	3,1	0,0	-0,9	-2,8	-1,1	-0,4
Monetäre Sozialleistungen	-0,8	-1,8	0,7	1,9	-2,4	-1,2	0,2	1,2	1,2	2,6
Soziale Sachleistungen	2,5	3,8	3,7	3,9	3,7	3,9	4,3	3,1	4,4	3,4
Sonstige laufende Transfers	-0,5	3,0	8,2	7,2	0,2	5,9	12,7	3,9	4,2	10,3
Vermögenstransfers	-12,0	-1,5	3,7	-11,2	-6,3	4,2	8,2	-1,2	-19,8	-0,9
Bruttoinvestitionen	5,3	9,2	6,2	4,9	17,1	3,7	5,3	6,9	8,3	2,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,0	0,0	0,0	-5,6	-7,2	6,8	6,3	-5,1	-11,8	0,0
Insgesamt	0,2	0,9	2,4	2,2	0,5	1,2	2,5	2,2	1,8	2,6
1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.					5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.					
2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.					6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.					
3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.					7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.					
4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.					8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.					

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen);
Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2008

Die Anhänger der „Linken“: Rückhalt quer durch alle Einkommenschichten

Martin Kroh
mkroh@diw.de

Thomas Siedler
tsiedler@diw.de

Die Partei Die Linke hat in einem Jahr geschafft, was ihre beiden Vorgängerparteien, WASG und PDS, vergeblich versucht haben: Eine in Ost- und Westdeutschland erfolgreiche Kraft politisch links neben der SPD zu etablieren. Auf der Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) wird gezeigt, dass die Bedeutung der Anhänger der Linken seit 2005 stark zugenommen hat. Diese Entwicklung zeigt sich insbesondere in einem wachsenden Rückhalt in der Arbeiterschaft. Die Anhänger der Linken setzen sich – entgegen mancher Vermutung – nicht überdurchschnittlich aus Teilen der einkommensschwächeren oder von sozialem Abstieg betroffenen Bevölkerung zusammen. Vielmehr spielen zumindest in Westdeutschland Ängste vor dem eigenen wirtschaftlichen Abstieg neben der Betonung einer ideologisch linken Überzeugung eine wichtige Rolle. In Ostdeutschland kennzeichnet die Anhänger der Partei Die Linke eine überdurchschnittliche Bildung und ein hohes Maß an gesellschaftlicher Integration in Gewerkschaften und Kommunalpolitik.

Im März 2007 beschlossen die beiden Parteien WASG und die Linkspartei.PDS auf einem Doppelparteitag ihre Fusion. Bereits kurz nach ihrer Gründung gelang der jungen Partei „Die Linke“ im Mai 2007 in Bremen erstmals der Einzug in ein westdeutsches Landesparlament. Im Januar 2008 verbuchte Die Linke weitere Wahlerfolge bei westdeutschen Landtagswahlen: Mit 7,1 Prozent zog die Partei in den niedersächsischen und mit 5,1 Prozent der Wählerstimmen in den hessischen Landtag ein. Auch in Hamburg konnte Die Linke im Februar 2008 große Zugewinne erzielen und zog mit 6,4 Prozent der abgegebenen Stimmen in die Hamburger Bürgerschaft ein. Neuere demoskopische Befunde deuten darauf hin, dass Die Linke in den neuen Bundesländern bereits die stärkste politische Kraft ist. Laut der im September 2008 durch Infratest dimap ermittelten Wahlabsicht, kann Die Linke in Ostdeutschland mit einem Stimmenanteil von 31 Prozent, die CDU mit 29 Prozent und die SPD mit 22 Prozent rechnen.¹ Die Erfolge bei westdeutschen Landtagswahlen sowie eine starke politische Basis der Linken in den neuen Bundesländern entfachten eine lebhafte Debatte in der deutschen Öffentlichkeit hinsichtlich der politischen Konsequenzen. Joschka Fischer, früherer Außenminister und Vizekanzler, schrieb diesbezüglich in der Montagskolumne der *Zeit Online* am 3. März 2008: „Die Landtagswahlen in Hessen und Hamburg haben sichtbar werden lassen, was sich seit längerem angekündigt hatte, nämlich der Übergang vom bisherigen Vierparteiensystem der bundesrepublikanischen Demokratie zu einem Fünfparteiensystem. [...] Dieser Übergang zum Fünfparteiensystem kommt einer kleinen politischen Revolution gleich, weil sich dadurch die Grundparameter der Koalitionsbildung und der

¹ Die Zahlen stammen aus dem ARD Deutschland TREND, der durch Infratest dimap erhoben wird, www.infratest-dimap.de/.

politischen Machtverhältnisse grundsätzlich ändern werden.“

In der Wählergunst verharrte Die Linke zwischen 1998 und 2002 etwa auf dem gleichen Niveau (Abbildung 1).² In diesem Zeitraum wollten etwa vier bis sieben Prozent der wahlberechtigten Bürger Die Linke wählen, wenn am kommenden Sonntag eine Bundestagswahl stattgefunden hätte. Zwischen 2002 und 2003 verlor Die Linke zwischenzeitlich an Popularität, seit 2005³ erfährt sie jedoch einen beachtlichen Zuspruch und erreichte im August dieses Jahres 14 Prozent.

Im Gegensatz zur Wahlabsicht, die von kurzfristigen Ereignissen und Stimmungen stark beeinflusst werden kann, wird mit dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des DIW Berlin die langfristige Parteibindung erhoben.⁴ Den befragten Personen wird die folgende Frage vorgelegt: „Viele Leute in der Bundesrepublik neigen längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie einer bestimmten Partei in Deutschland zu?“ Sofern die Befragten dies bejahen, wird daraufhin ermittelt, welcher Partei sie zuneigen. In der nachfolgenden Untersuchung werden ausschließlich Personen betrachtet, die angeben, sich einer Partei verbunden zu fühlen, wobei zwischen Anhängern der Linken und Anhängern anderer Parteien unterschieden wird.⁵

Der Teil der Befragten, der eine Parteibindung zu den Linken angibt, liegt im Bundesdurchschnitt meist deutlich unter dem Anteil derer, die eine Wahlabsicht für Die Linke äußern. Dies deutet darauf hin, dass der positive Trend der Linken derzeit eine politische Stimmung widerspiegelt, die sich noch nicht in einem gleichermaßen wachsenden Anteil an langfristigen Parteianhängern

2 Infratest dimap ermittelt die Wahlabsicht im Auftrag der ARD mittels der so genannten Sonntagsfrage. Dabei werden jede Woche mindestens 1.000 repräsentativ ausgewählte Bundesbürger gefragt: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“. Im Folgenden wird aus Gründen der Lesbarkeit des Textes einheitlich der Name „die Linke“ verwendet auch wenn es sich im Zeitraum vor 2007 um entweder die PDS, die Linkspartei, PDS oder die WASG handelt.

3 Mitte 2005 einigten sich PDS und WASG unter den Spitzenkandidaten Gregor Gysi und Oskar Lafontaine gemeinsam bei der darauf folgenden Bundestagswahl anzutreten. Weiterhin erfolgte die Umbenennung der PDS in Linkspartei.PDS.

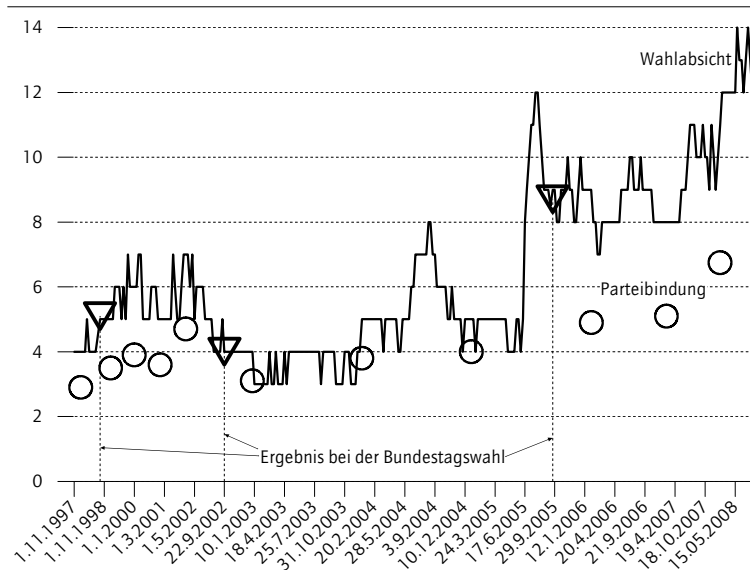
4 Das SOEP ist eine jährliche repräsentative Umfrage bei rund 24.000 Personen in 12.000 Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland, die zu Themen wie Einkommen, Wohnqualität, Lebenszufriedenheit sowie politischen Einstellungen befragt werden (vgl. Frick, J. et al.: 25 Wellen Sozio-oekonomisches Panel. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW Berlin, Nr. 3/2008). Bei den SOEP-Zahlen für 2008 handelt es sich um eine Teilauswertung der noch laufenden Erhebung, die auf etwa 7.000 Personeninterviews beruht.

5 Nicht berücksichtigt werden somit Personen, die sich keiner Partei verbunden fühlen. Dies entspricht dem Vorgehen bei der Darstellung der Stimmenanteile der Linken bei Bundestagswahlen, bei denen Nichtwähler unberücksichtigt bleiben, und der Darstellung der Linken-Anteile bei der Wahlabsicht, bei der unentschlossene Befragte nicht berücksichtigt werden.

Abbildung 1

Die Linke in Deutschland nach Bundestagswahl, Wahlabsicht und langfristiger Parteibindung

In Prozent



Quellen: Infratest dimap; Statistisches Bundesamt; SOEP.

DIW Berlin 2008

verfestigt hat.⁶ Die nach 2004 zu verzeichnenden Zuwächse bei der Wahlabsicht lassen sich sowohl für West- als auch für Ostdeutschland feststellen, jedoch auf unterschiedlichen Niveaus (Abbildungen 2 und 3). Trotz der Erfolge bei Wahlen in westlichen Bundesländern ist die stabile Anhängerschaft der Linken im Jahr 2008 mit nur etwa drei Prozent aller Parteianhänger deutlich geringer als in Ostdeutschland mit über 30 Prozent. Dieser ausgeprägte Ost-West-Unterschied hat sich verringert, ist jedoch auch noch im Jahr 2008 deutlich zu erkennen.

Zunehmende Unterstützung in der Arbeiterschaft

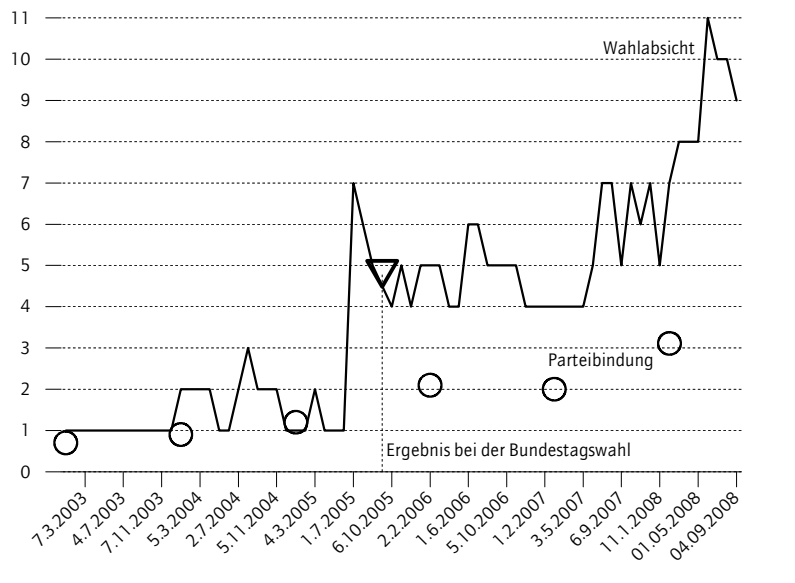
In den neuen Bundesländern ist im Jahr 2007 der Anteil der Linken-Anhänger bei den über 60-Jährigen mit 27 Prozent am höchsten und bei den unter 30-Jährigen mit 14 Prozent am geringsten. In den alten Bundesländern findet Die Linke die meiste Unterstützung in der Altersgruppe der 46- bis 60-Jährigen (Tabelle 1). Zwischen Männern und Frauen bestehen hinsichtlich der Bindung an Die Linke kaum Unterschiede. Hinsichtlich der Schulbildung zeigt sich zwischen

6 Dieser Befund ist für eine neue Partei zu erwarten und trifft, wie Abbildung 2 und 3 zeigen, hauptsächlich auf Westdeutschland zu. In Ostdeutschland, in der Die Linke wohl weniger als „neue“ Partei angesehen wird, sondern auf eine bestehende Anhängerschaft der PDS aufbauen kann, entsprechen die durch das SOEP gemessenen Anteile an Parteianhängern in etwa den durch Infratest-dimap gemessenen Anteilen der Linken unter potentiellen Wählern.

Abbildung 2

Die Linke in Westdeutschland nach Bundestagswahl, Wahlabsicht und langfristiger Parteibindung

In Prozent



Quellen: Infratest dimap; Statistisches Bundesamt; SOEP.

DIW Berlin 2008

Ost- und Westdeutschland ein gegensätzliches Bild: In Ostdeutschland steigt die Zahl der Linken-Anhänger mit dem Bildungsabschluss, im Westen hingegen ist der Anteil der Linken unter denjenigen Personen, die Abitur gemacht haben, am geringsten.

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland findet Die Linke eine besonders hohe Unterstützung bei Arbeitern und Arbeitslosen und eine deutlich geringere Unterstützung bei Beamten und Selbständigen. In den 90er Jahren war das noch anders. Damals fand in Ostdeutschland die PDS in der Arbeiterschaft noch eine geringere Unterstützung (Abbildung 4). Während die anderen Erwerbstätigen die PDS beziehungsweise die Linken seit Mitte der 90er Jahre auf etwa gleich hohem Niveau von 20 Prozent unterstützten, hat ihre Attraktivität bei Arbeitern im gleichen Zeitraum von zehn auf 30 Prozent zugenommen. Eine ähnliche Entwicklung, wenngleich auf deutlich niedrigerem Niveau, lässt sich auch für Westdeutschland feststellen.

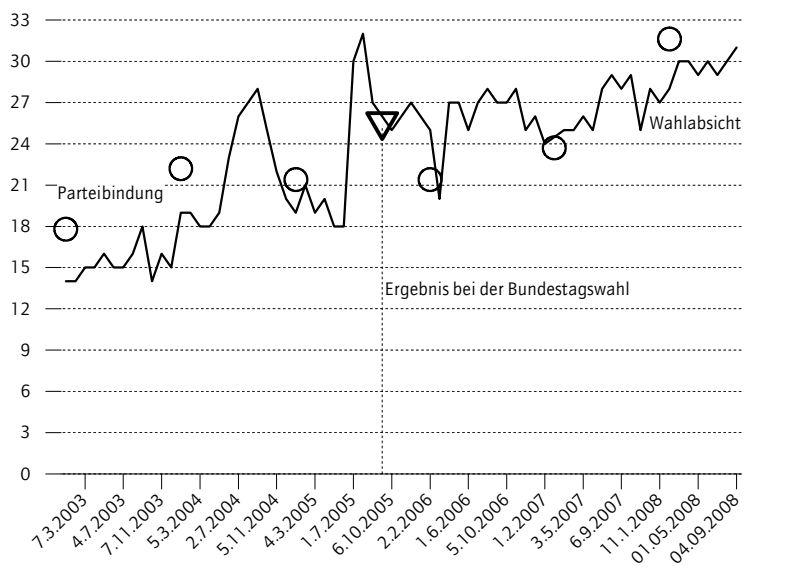
Unterstützung in allen Einkommensgruppen

Bei der Untersuchung der individuellen Positionierung in der gesamtgesellschaftlichen Einkommensverteilung wird deutlich, dass in Ostdeutschland der Anteil der Linken unter allen Parteianhängern im vierthöchsten Einkommensquintil – also bei der gehobenen Mittelschicht – mit 31 Prozent am stärksten ausgeprägt ist (Tabelle 1). In Westdeutschland ist das im zweiten Einkommensquintil mit drei Prozent der Fall, also bei der unteren Mittelschicht. Die Linke findet somit entgegen einer gängigen Meinung nicht nur bei Geringverdienern Unterstützung.

Abbildung 3

Die Linke in Ostdeutschland nach Bundestagswahl, Wahlabsicht und langfristiger Parteibindung

In Prozent



Quellen: Infratest dimap; Statistisches Bundesamt; SOEP.

DIW Berlin 2008

Auch sind es nicht unbedingt die Personen, deren Einkommensposition sich im Zeitverlauf verschlechtert hat. Das zeigt der Vergleich der Haushaltsnettoeinkommen der Befragten im Jahr 2002 mit dem des Jahres 2007. Unterschieden werden zwischen

- jenen, deren Haushaltsnettoeinkommen sich 2007 in einem höheren Bereich der Einkommensverteilung befindet als 2002 („Aufsteiger“) und
- denjenigen Personen, deren Einkommen sich 2007 im Vergleich zu 2002 in einem niedrigeren Einkommenssegment befindet („Absteiger“) sowie
- Personen, die weder eine relative Verbesserung noch eine Verschlechterung in Ihrer Einkommenssituation erfahren haben („Stabile“).

Sozialer Auf- und Abstieg spielt sowohl in Ost- wie Westdeutschland keine bedeutende Rolle für die Unterstützung der Linken: tatsächlich ist sogar der Anteil der Linken bei den „Aufsteigern“ am höchsten. Unterstützer der Linken befinden sich also nicht vorwiegend unter Menschen, deren fi-

nanzielle Situation prekär ist beziehungsweise die sich seit Inkrafttreten von Hartz IV verschlechtert hat. Vielmehr sind Anhänger der Linken in allen Einkommensgruppen zu finden.

Ideologische Orientierung im Westen besonders wichtig

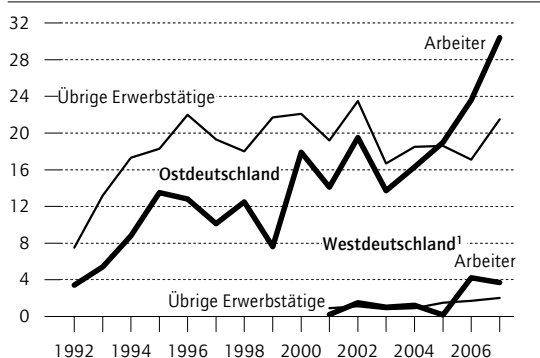
Neben der langfristigen politischen Parteineigung wurden Befragte im SOEP seit 2005 auch gebeten, Ihre politischen Ansichten mithilfe der politischen Links-Rechts-Skala einzustufen.⁷ Kaum überraschend lässt sich dabei feststellen, dass bei Personen, die sich selbst politisch als „links“ einstufen, der Anteil der Anhänger der Linkspartei höher ausfällt als bei Personen, die sich in der Mitte oder auf der rechten Seite der Skala verorten (Tabelle 2). Etwas überraschend mag sein, dass dieser Anteil unter allen Parteianhängern im Bundesdurchschnitt bei „nur“ 14 Prozent liegt. SPD und Bündnis 90/Die Grünen, die beiden traditionellen Parteien links der politischen Mitte, vereinen nach wie vor 76 Prozent aller „ideologisch linken“ Parteianhänger auf sich, die restlichen zehn Prozent verteilen sich auf andere Parteien.

⁷ Den Befragten wurde folgende Frage gestellt: „In der Politik reden die Leute von „links“ und „rechts“, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken: wo würden Sie diese Ansichten einstufen? Antworten Sie bitte anhand der folgenden Skala. Der Wert 0 bedeutet ganz links, der Wert 10 bedeutet: ganz rechts. Mit den Werten zwischen 0 und 10 können Sie Ihre Meinung abstufen. Wo würden Sie Ihre eigenen politischen Ansichten einstufen?“ Personen, die Werte zwischen 0 und 3 angeben, werden als politisch-links klassifiziert, solche, die Werte zwischen 4 und 6 angeben, als in der politischen Mitte befindlich und Personen, die Werte zwischen 7 und 10 angeben, als politisch-rechts.

Abbildung 4

Anhänger der Linken in Ost- und Westdeutschland

In Prozent



¹ Keine Angaben bis 2000 wegen zu geringer Fallzahlen.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2008

Tabelle 1

Anhänger der Partei Die Linke nach demographischen und sozio-ökonomischen Merkmalen 2007

Anteil in Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

	Ost-	West-	Gesamt-
	Deutschland		
Alter			
Unter 30 Jahre	13,9	1,8	4,1
30 bis 45 Jahre	25,6	1,6	4,8
46 bis 60 Jahre	25,9	3,3	6,2
Über 60 Jahre	26,9	1,4	5,1
Geschlecht			
Frauen	24,1	1,8	4,9
Männer	23,3	2,2	5,3
Schulbildung			
Haupt-/Volksschule	18,1	1,9	3,7
Realschule	25,1	2,3	6,3
Abitur	27,4	1,7	5,9
Berufliche Stellung			
Arbeiter	30,4	3,7	7,9
Angestellte	24,7	2,4	5,2
Beamte	11,3	0,4	1,2
Selbständige	13,6	1,6	3,2
In Ausbildung	22,4	2,9	6,8
Rentner	26,7	1,4	5,5
Arbeitslose	38,2	3,0	10,4
Sonstige Nichterwerbstätige	7,6	2,1	2,4
Haushalts-Einkommen			
1. Quintil	24,4	2,4	6,7
2. Quintil	21,7	3,3	6,3
3. Quintil	21,2	1,9	5,7
4. Quintil	30,7	1,9	5,9
5. Quintil	19,5	1,1	2,4
Einkommensentwicklung (2002–2007)			
Aufsteiger	26,5	2,9	6,1
Stabile	22,3	1,4	4,2
Absteiger	23,8	2,7	5,7
Anhänger der Linken insgesamt	23,7	2,0	5,1

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2008

Ein deutlicher Unterschied ergibt sich auch aus dem Vergleich der Anhänger der Linken zwischen Ost- und Westdeutschland. Dieser Unterschied wird in der Betrachtung von Anteilsverhältnissen deutlicher als im Vergleich von Anteilsdifferenzen, die bei dem geringeren Anteil an Unterstützern der Linken in Westdeutschland immer sehr viel geringer ausfallen müssen als in Ostdeutschland. In den neuen Bundesländern beträgt das Anteilsverhältnis zwischen politisch „linker“ und „rechter“ Einstellung bei den Anhängern der Linken 44 Prozent zu 10 Prozent, im Westen beträgt dieses Verhältnis 6 Prozent zu 0,2 Prozent. Somit besteht unter Ostdeutschen, die sich als politisch-links bezeichnen, eine knapp viereinhalbfach höhere Wahrscheinlichkeit, Anhänger der Linken zu sein als bei Personen, die sich als politisch-rechts einstufen. Im Westen hingegen ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person, die sich als politisch-links bezeichnet, Die Linke unterstützt, etwa 30 Mal so hoch wie bei

Tabelle 2

Anhänger der Partei Die Linke nach ideologischer Orientierung und subjektiven Sorgen 2007

Anteil in Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

	Ost-	West-	Gesamt-
	Deutschland		
Ideologische Orientierung			
Links	44,3	6,2	13,8
Mitte	13,4	1,0	2,6
Rechts	9,7	0,2	1,2
Große Sorgen um...			
die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung	41,1	2,4	9,3
die Erhaltung des Friedens	31,5	2,6	7,3
den Schutz der Umwelt	28,3	2,5	6,3
die Zuwanderung nach Deutschland	24,9	2,6	6,2
die Kriminalität in Deutschland	27,9	1,8	5,8
die eigene wirtschaftliche Situation	31,3	3,4	8,8
um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes ¹	26,9	4,9	9,1
Anhänger der Linken insgesamt	23,7	2,0	5,1

¹ Nur Erwerbstätige.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2008

einer Person, die sich als politisch-rechts einordnet. In anderen Worten: Die ideologische Orientierung ist in Westdeutschland ein wichtigeres Kriterium für die Unterstützung der Linken als bei ostdeutschen Parteianhängern, die sich über das gesamte Spektrum ideologischer Überzeugungen hinweg verorten.

Sorgen um eigene Lage im Westen wichtig, Sorgen um allgemeine Lage im Osten

Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland ergeben sich auch aus der Betrachtung der Sorgen, die die Befragten des SOEP äußern. In Ostdeutschland ist der Anteil der Anhänger der Linken am höchsten bei Personen, die sich große

Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung machen, gefolgt von großen Sorgen um Frieden und an dritter Stelle Sorgen um die eigene wirtschaftliche Lage. Im Westen hingegen ist der Anteil der Anhänger der Linken am höchsten bei Personen, die sich große Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes machen sowie bei jenen, die die eigene wirtschaftliche Lage kritisch einschätzen.

Grundsätzlich scheint bei Personen, die sich große Sorgen um alle gesellschaftlichen Bereiche machen, eine hohe Neigung zu den Linken zu bestehen. So ist in nahezu allen betrachteten Themenbereichen der Anteil der Linken-Anhänger bei Personen, die diesbezüglich große Sorgen äußern, höher als im Durchschnitt der Bevölkerung. Trotz dieser generellen Skepsis von Anhängern der Linken, ergeben sich spezifische Muster der Sorgen zwischen Ost- und Westdeutschland, die den sozialstrukturellen Befunden entsprechen: Die ökonomisch relativ gesicherten Linken-Anhänger im Osten machen sich eher Sorgen um gesamtgesellschaftliche Probleme, während die ökonomisch etwas schlechter gestellten Anhänger der Linken im Westen sich eher Sorgen um ihre eigene Lage machen.

Gesellschaftliche Integration hoch

Gelegentlich wird die Vermutung geäußert, die Erfolge der Linken seien auf bisher politisch wenig mobilisierte und gesellschaftlich schwach integrierte Bevölkerungsgruppen zurückzuführen. Dies ist ein Irrtum. Insbesondere Ostdeutsche, die sich in der Lokalpolitik oder einer Bürgerinitiative engagieren oder die ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten aktiv sind, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit Anhänger der Linken zu sein als dies im ostdeutschen Durchschnitt der Fall ist (Tabelle 3). Dies trifft in verstärktem Maße für die Mitgliedschaft in einem Betriebsrat oder einer Gewerkschaft zu. Von den ostdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern, die sich einer Partei verbunden fühlen, sind über 40 Prozent Anhänger der Linken. Bei Mitgliedern von Betriebsräten ist dieser Anteil noch deutlich höher. Aufgrund geringer Fallzahlen von Betriebsratsmitgliedern in den Befragungsdaten ist der genaue Wert jedoch mit einer hohen Unsicherheit behaftet. Auch in Westdeutschland liegt der Anteil der Anhänger der Linken bei Betriebsratsmitgliedern höher als im westdeutschen Durchschnitt. Schließlich ist auch der Anteil der Anhänger der Linken unter jenen, die ein „sehr starkes politisches Interesse“ haben, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland höher als in der Gruppe aller Parteianhänger insgesamt.

Tabelle 3

Anhänger der Partei Die Linke nach gesellschaftlicher Integration und politischem Interesse 2007

Anteil in Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

	Ost-	West-	Gesamt-
	Deutschland		
Ehrenamtliche Mitarbeit			
in Bürgerinitiativen, Parteien oder Lokalpolitik	34,7	2,3	7,7
in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten	26,0	1,2	4,6
Mitgliedschaft			
in einer Gewerkschaft	40,8	2,9	8,9
im Betriebsrat	73,4 ¹	4,0	18,4
Stärke des Interesses für Politik			
Sehr stark	35,1	3,9	8,5
Anhänger der Linken insgesamt	23,7	2,0	5,1

¹ In Ostdeutschland Fallzahlen < 50.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2008

Zulauf vor allem von Personen ohne feste Parteibindung

Aus den bisherigen Befunden ergibt sich, dass die Linken zunehmend bei gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern attraktiv sind. Im Osten Deutschlands bilden die Anhänger der Linken sogar die relative Mehrheit dieses klassischen Klientels der SPD. Insofern stellt sich die Frage, ob die wachsende Unterstützung der Linken in West- und Ostdeutschland in den letzten Jahren auf die Abwanderung ehemaliger SPD-Anhänger zurückzuführen ist.

Wenig überraschend beträgt der Anteil der Linken-Anhänger im Jahr 2007, die auch in den Jahren 2002 bis 2006 Die Linke unterstützt haben, über 90 Prozent (Tabelle 4). Der Anteil der Linken liegt in Westdeutschland bei Personen mit wechselnden Parteibindungen oder vormals keiner Parteibindung mit vier bis fünf Prozent aber deutlich über dem Durchschnitt (zwei Prozent). Personen, die in der Vergangenheit die SPD, B90/Die Grünen – oder in etwas stärkerem Maße – die CDU/CSU beziehungsweise die FDP unterstützt haben, wechseln fast nie zur Linken.

Der in der Vergangenheit zu beobachtende Wechsel von manchem SPD-Politiker zur Linken spiegelt sich somit nicht in einem Wechsel weiter Kreise von längerfristigen Anhängern der SPD. Dies schließt allerdings nicht aus, dass Personen ohne eine längerfristige Bindung an die SPD, die aber früher (gelegentlich) die SPD gewählt haben, heute Die Linke wählen.

Fazit

Die Partei Die Linke hat in den vergangenen Jahren in Deutschland deutlich Wähler hinzugewonnen, insbesondere in Westdeutschland. Auch wenn sich darunter nur zum Teil langjährige Anhänger befinden, gibt es einen Trend zur stärkeren Verankerung der Linken durch dauerhafte Parteibindungen. Dies trifft insbesondere für die Arbeiter zu. Der Zuwachs an Anhängern der Linken speist sich zudem vorwiegend aus der Gruppe derer, die bislang keiner Partei zuneigten oder deren Parteineigung in der Vergangenheit häufiger wechselte. Zugänge früherer Anhänger anderer Parteien spielen dagegen kaum eine Rolle.

Insgesamt ergibt sich aus den Ergebnissen auf der Basis des SOEP für das Jahr 2007 ein Bild von Anhängern der Linken, das in den neuen Bundesländern durch eine durchschnittliche bis überdurchschnittliche sozioökonomische Positio-

Tabelle 4

Anhänger der Partei Die Linke nach ihrer Parteineigung 2002–2006 im Jahr 2007

Anteil in Prozent der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

	Ost-	West-	Gesamt-
	Deutschland		
Parteineigung 2002–2006			
CDU/CSU	1,0	0,1	0,2
SPD	1,7	0,9	1,0
FDP	2,9 ¹	0,0	0,4
B90/Die Grünen	4,8 ¹	0,7	3,4
Die Linke	97,1	89,7 ¹	95,5
Wechselnde Parteineigung	21,9	4,7	7,4
Keine Parteibindung	24,3	4,5	10,8
Anhänger der Linken insgesamt	23,7	2,0	5,1

¹ Fallzahlen < 100.

Quelle: SOEP.

DIW Berlin 2008

nierung und eine hohe gesellschaftliche Integration gekennzeichnet ist. Politische Unterschiede zwischen Anhängern der Linken und Anhängern anderer Parteien bestehen in Ostdeutschland hauptsächlich in einer besonders kritischen Sichtweise gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen. Auch wenn die sozioökonomische Positionierung der Anhänger der Linken in Westdeutschland etwas schlechter ist als in Ostdeutschland, zählen sie auch hier nicht zu den Geringverdienern oder sozialen Absteigern. Anhänger der Linken treten in Westdeutschland vor allem durch subjektive Sorgen im Hinblick auf die eigene wirtschaftliche Entwicklung und eine ideologisch-linker Orientierung hervor.

In der derzeitigen politischen Debatte zeigt sich eine gewisse Unsicherheit bei den etablierten Parteien, wie dem Erfolg der Linken bei Wahlen zu begegnen ist. Die Ergebnisse dieser Studie deuten darauf hin, dass insbesondere im Westen eine Auseinandersetzung über politische Instrumente zur Verhinderung sozialer Abstiege eine wichtige Rolle beim Wettbewerb um die Anhänger der Linken spielen können. Ängste vor sozialem Abstieg werden derzeit erfolgreich von der Partei Die Linke bedient, auch unter Zuhilfenahme populistischer Forderungen, die bis zu einem national begrenzten Sozialstaat reichen. Die starke Fokussierung der Linken-Anhänger im Westen auf ideologisch-linker Positionen lässt insbesondere die SPD als Konkurrenten um Wählerstimmen erscheinen.

In Ostdeutschland unterscheiden sich die Anhänger der Linken weitaus weniger in ihren ideologischen Orientierungen von Anhängern anderer Parteien. Wichtig ist aber die kritische Sicht der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung unter den Anhängern der Linken. Diese bezieht sich zum

JEL Classification:
Z13, P16

Keywords:
Party identification,
Political economy,
SOEP,
Die Linke

Beispiel auf klassische Themen der Union, wie Kriminalitätsbekämpfung, oder auf zentrale Inhalte von B90/Die Grünen, wie die Erhaltung von Frieden und Umwelt. Somit konkurriert Die Linke in den neuen Bundesländern um Wähler mit nahezu allen etablierten Parteien. Bei einer Auseinandersetzung mit Positionen der Linken sind damit auch alle Parteien gefordert. Sollte es der Linken gelingen, in wichtigen sozialstrukturellen Gruppen, wie den gewerkschaftsgebundenen Arbeitern, langfristig Unterstützung zu finden, wird sich Die Linke zu einer beständigen Größe in einem bundesdeutschen Fünfparteiensystem entwickeln.

Eva M. Berger

**A Note on the High Stability of Happiness:
The Minimal Effects of a Nuclear Catastrophe on Life Satisfaction**

Using life satisfaction as a direct measure of individual utility has become popular in the empirical economic literature. In this context, it is crucial to know what circumstances or changes the measure is sensitive to. Is life satisfaction a volatile concept that is affected by minor changes in life circumstances? Or is it a reliable measure of personal happiness? This paper will analyze the impact of a catastrophe, namely the nuclear catastrophe of Chernobyl, on life satisfaction. I use longitudinal data from the German Socio-Economic Panel Study and especially information collected on a monthly basis which allows the researcher to study calendar effects. The following clear-cut results are found. While concern about the environment rose immediately after the nuclear incident, life satisfaction changed little. This suggests that although people were aware of the severity of the catastrophe, they did not feel that their individual well-being had been affected. This finding is highly relevant to the life satisfaction literature as it shows that the life satisfaction measure is very stable and robust against societal and global events. It is shown to predominantly reflect personal life circumstances like health, employment, income, and the family situation and this relationship is apparently not disturbed by global events. Thus, my results reinforce previous findings on the relationship between life satisfaction and individual life characteristics as the stability of their outcome measure is approved.

SOEPpapers No. 109

Elke Holst, Andrea Schäfer, Mechthild Schrooten

Gender, Migration, Remittances: Evidence from Germany

Gender-specific determinants of remittances are the subject of this study based on German SOEP data (2001-2006). In 2007, about 7.3 million foreigners were living in Germany. While the total number of foreigners has decreased over the last decade, female migration to Germany has increased. A feminization of migration is observable all over the world, and is changing gender roles in the households of origin as well. Today, women constitute 48.6% of migratory flows to Germany, although the proportion varies significantly by country of origin. A feminization of migration is observable all over the world, and is changing gender roles in the households of origin as well.

To date, research has failed to address the gender-specific determinants of remittances from Germany. Here we attempt to fill this gap, focusing on gender roles and network effects. We distinguish between three different groups of migrants: foreigners, Germans with migration background, and all individuals with personal migration experience. Our main findings show, above all, that gender matters. However, the gender differences identified disappear after controlling for transnational (family) networks. Taking interaction terms into account reveals gender-specific network effects. In addition, different groups of migrants show remarkable differences in international networking. We find that female foreigners, but not female migrants with German citizenship, remit less than males if their children live abroad as well. Female migrants with German citizenship send more money home if their siblings remain in the home country. We find the reverse in the case of female migrants with foreign citizenship.

Our findings show that female migrants tend to support their children first and foremost, while male migrants tend to support a wider network of more distant family members and friends. This finding is in sharp contrast to previous studies on remittances. It makes clear that there is little evidence supporting the assumption that remittances simply follow income-difference based altruism or that women are more altruistic than men. Furthermore, there seems to be evidence that the gender-specific differences detected in remittance behavior might be due to gender-specific migration patterns and the relative role of the migrant within the transnational network.

SOEPpapers No. 111

Henning Lohmann, C. Katharina Spieß, Olaf Groh-Samberg, Jürgen Schupp

Analysepotenziale des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die empirische Bildungsforschung

In Deutschland stehen für Fragen der empirischen Bildungsforschung überwiegend Querschnitterhebungen zur Verfügung. Ergänzt werden diese durch länderspezifische bzw. gruppenspezifische Längsschnitterhebungen. Der Beitrag zeigt die Möglichkeiten auf, bildungsrelevante Informationen aus langlaufenden Haushaltsbefragungen wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) für soziologisch wie ökonomisch gleichermaßen interessante Fragen der empirischen Bildungsforschung zu verwenden. Nach einer ausführlichen Erläuterung der verfügbaren Bildungsinformationen im SOEP, werden ausgewählte Anwendungsbeispiele der empirischen Bildungsforschung dargestellt und die gegenwärtige Beschränkungen des SOEP diskutiert. Es wird gezeigt, dass die Angaben zur sozialen Herkunft und zum familiären Hintergrund im SOEP besonders reichhaltig sind. Durch die inzwischen fast 25-jährige Laufzeit des SOEP und die bundesweite Erhebung, die auch regionale Differenzierungen zulässt, sind Bildungsprozesse in unterschiedlichen sozialen und wirtschaftlichen Kontexten erfasst. Die bisherigen Beschränkungen liegen gegenwärtig im Bereich der Messung der Kompetenzentwicklung und der Erfassung von Eigenschaften von Bildungsinstitutionen.

In Germany, researchers dealing with questions of empirical educational research rely mainly on cross-sectional data. In addition, there are region- and group-specific longitudinal studies. This paper demonstrates the possibilities for using educationally relevant information from long-running household studies like the Socio-Economic Panel (SOEP) to address questions of sociological and economic interest in empirical educational research. Following an in-depth description of the educational information provided in SOEP, we cite selected examples of how these data can be used and also discuss the SOEP's current limitations. We show that the information on social origins and family background in SOEP offers a particularly rich source for empirical study. Through the SOEP's long duration of almost 25 years and its wide coverage of all of Germany, while still allowing for regional differentiations, the survey allows observation of educational processes in different social and economic contexts. Its currently existing limitations lie in measuring competency development and in collecting data on the characteristics of educational institutions.

SOEPpapers No. 110

Michael Lechner

Long-run Labour Market Effects of Individual Sports Activities

This microeconomic study analyzes the effects of individual leisure sports participation on long-term labour market variables, on socio-demographic as well as on health and subjective well-being indicators for West Germany based on individual data from the German Socio-Economic Panel study (GSOEP) 1984 to 2006. Econometric problems due to individuals choosing their own level of sports activities are tackled by combining informative data and flexible semiparametric estimation methods with a specific way to use the panel dimension of the data. The paper shows that sports activities have sizeable positive long-term labour market effects in terms of earnings and wages, as well as positive effects on health and subjective well-being.

SOEPpapers No. 114

Lars Eric Kroll, Thomas Lampert

Soziale Unterschiede in der Lebenserwartung – Möglichkeiten auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels

In diesem Beitrag werden Möglichkeiten zur Analyse sozialer Unterschiede in der Lebenserwartung auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) dargestellt. Einleitend wird ein Überblick über verschiedene Datenquellen zur Analyse sozial differenzieller Sterblichkeit gegeben und der Forschungsstand für Deutschland zusammengefasst. Anschließend wird auf methodische Besonderheiten und Probleme des SOEP hingewiesen, die sich insbesondere an einer Überschätzung der mittleren Lebenserwartung festmachen lassen. Abschließend wird ein Verfahren vorgestellt, anhand dessen sich diese Überschätzung unter Verwendung der amtlichen Sterbetafeln ausgleichen lässt.

This paper describes the potential of analysing socio-economic inequalities in life expectancy using the German Socio-Economic Panel Study (GSOEP). It includes a short review on available data sources and recent evidence on inequalities in life expectancy for Germany. Subsequently the characteristics of the SOEP and some issues regarding the analysis of mortality using the data are discussed. The main problem regarding the goal of providing undistorted estimates for the life expectancy of social strata using the SOEP is the overestimation of life expectancy in the study population. We will present a method that allows to overcome this problem by using data of the official life tables for Germany.

SOEPpapers No. 112

Heiko Peters

Development of Wage Inequality for Natives and Immigrants in Germany – Evidence from Quantile Regression and Decomposition

To study the development of wage inequality is important for the economic performance as well as for the development of employment. First, I estimate the remuneration to personal characteristics for Germans and immigrants across the wage distribution using quantile regression. My database is the German socio-economic panel for the period 1984-2006. I find a higher inequality between skill groups for Germans relative to immigrants. The returns to skill for the highest educational attainment are higher for Germans across the wage distribution compared to immigrants. But within-group inequality for the group with the highest educational attainment is higher for immigrants. Both groups have concave experience-earnings profiles. One more year of work experience increases the wage more for Germans. Secondly I use the decomposition method of Melly (2006). Decomposition methods are suitable to get further insights into the question as to whether or not the observable differences in the distribution are caused by the difference in the composition or differences in the estimated coefficients. Immigrants have a negative wage gap relative to Germans. The wage gap rises across the distribution and is due to a rising discrimination of immigrants across the wage distribution for the years 1992 and 2006. For the year 1984 the characteristic effect is responsible for the wage gap. Inequality rises for both groups between the year 1992 and 2006. The increase is much stronger for immigrants. The coefficient effect is mainly responsible for the wage increase across time for both groups.

SOEPpapers No. 113

Industrietagung 2008

30./31. Oktober 2008



Moderation: Dr. Lars Handrich, DIW econ GmbH

Wie entwickelt sich die deutsche Wirtschaft? Was sind die Trends im produzierenden Gewerbe? Die Industrietagung 2008 rückt die Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft ins Blickfeld von Branchenexperten aus Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Wissenschaft. Neben der kurzfristigen Wirtschaftsentwicklung thematisiert die Industrietagung dabei auch den strukturellen Wandel der Branchen.

Besonders im Fokus wird die Automobilindustrie stehen. So wird Global Insight Automotive die langfristigen sektoralen Trends in der Weltwirtschaft vorstellen. Der Verband der Automobilindustrie wird die Branchenkonjunktur in Deutschland darstellen.

Mit dem zweiten Schwerpunkt „Konjunkturindikatoren ab 2009“ greift die Industrietagung ein hochaktuelles Thema der amtlichen Statistik für die Fachöffentlichkeit auf.

Abgerundet wird das Programm mit einem Vortrag von Professor Norbert Walter zum Thema Finanzmarktkrise und Realwirtschaft.

Vorläufiges Programm

1. Tag (Donnerstag, 30. Oktober 2008)

- 10.00 Uhr **Begrüßung**
- 10.10 Uhr **Vorstellung der DIW econ GmbH**
Dr. Lars Handrich, Geschäftsführer DIW econ GmbH
- 10.20 Uhr **Entwicklung in der Weltwirtschaft und deutsche Konjunktur**
Dr. Stefan Kooths, DIW Berlin/Abteilung Konjunktur
- 11.10 Uhr **Industrielle Entwicklung in Deutschland und Europa**
Dr. Dorothea Lucke
- 11.45 Uhr **Automobilindustrie: Globale Langfristtrends**
Christoph B. Stürmer, Global Insight (Deutschland) GmbH, Automotive Group
- 12.30 Uhr *Das DIW Berlin lädt zum Büffet ein*

Branchenkonjunkturen

- 13.30 Uhr **Automobilindustrie**
Karl-Heinz Bienewitz, Verband der Automobilindustrie
- 14.10 Uhr **Schienefahrzeugbau**
Prof. Dr. Ronald Pörner, Verband der Bahnindustrie in Deutschland
- 14.25 Uhr **Maschinenbau**
Dr. Ralph Wiechers, Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau
- 15.05 Uhr *Kaffeepause*
- 15.25 Uhr **Elektrotechnik**
Dr. Andreas Gontermann, Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie
- 16.05 Uhr **Stahl- und Metallverarbeitung**
Holger Ade, Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung
- 16.20 Uhr **Eisen-, Stahl- und Tempergießerei; NE-Metallgießerei; Gummiverarbeitung, Kunststoffverarbeitung**
Heiko Lickfett, Deutscher Gießereiverband
- 17.00 Uhr **Erzeugung von Aluminium und Halbzeug**
Andreas Postler, Gesamtverband der Aluminiumindustrie

Hinweis auf eine Veranstaltung

- 17.15 Uhr **Konjunkturindikatoren ab 2009**
Umstellung der Produktions- und Auftragseingangsindizes auf die WZ 2008
Dr. Norbert Herbel, Statistisches Bundesamt Wiesbaden
- 18.00 Uhr **Keynote speech: Finanzmarktkrise und Realwirtschaft**
Prof. Dr. Norbert Walter, Deutsche Bank

im Anschluss Die Deutsche Bank lädt zum Get together ein

2. Tag (Freitag, 31. Oktober 2008)

Branchenkonjunktoren

- 9.00 Uhr **Eisenschaffende Industrie**
Dr. Martin Theuringer, Wirtschaftsvereinigung Stahl
- 9.15 Uhr **Energieversorgung**
Michael Nickel, Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft
- 9.30 Uhr **Bergbau**
Roland Lübke, Gesamtverband Steinkohle
- 9.45 Uhr **Steine und Erden**
Arthur Kissinger, Bundesverband Baustoffe Steine und Erden
- 10.10 Uhr **Baugewerbe**
Heinrich Weitz, Hauptverband der Deutschen Bauindustrie
- 10.30 Uhr *Kaffeepause*
- 10.50 Uhr **Chemische Industrie**
Dr. Ralph Gronych, BASF SE
Dr. Henrik Meincke, Verband der Chemischen Industrie
- 11.30 Uhr **Druckgewerbe**
Dr. Nora Lauterbach, Bundesverband Druck und Medien
- 11.45 Uhr **Präsentation der aggregierten DIW Industrieprognose**
- 12.00 Uhr *Das DIW Berlin lädt zum Mittagsimbiss ein*
- 13.00 Uhr *Ende der Industrietagung*
- 13.00 Uhr **Neue Produkte am DIW Berlin:
Workshop „VGR-gestütztes Prognosewerkzeug DIWAX“**
- 14.00 Uhr *Ende des Workshops*

Kontakt

DIW Berlin
Stabsabteilung Kommunikation
Telefon 030 897 89 569

Anmeldungen

bis 20. Oktober 2008 erbeten an
industrietagung@diw.de oder
per Fax an 030-897 89 119

Tagungsbeitrag

Die Teilnahmegebühren betragen für zwei
Tage 495 Euro und für einen Tag 295 Euro.
Für Mitglieder der Vereinigung der Freunde
des DIW Berlin ist die Teilnahme kostenfrei.

Veranstaltungsort

DIW Berlin im Quartier 110
Schumpeter-Saal, 1. OG
Mohrenstr. 58
10117 Berlin

Mit Unterstützung der Deutschen Bank und der Vereinigung der Freunde des DIW Berlin
Medienpartner: VDI nachrichten

Führende Ökonomen rufen Europa zu schnellem Vorgehen in der Finanzmarktkrise auf

In einem weltweiten Appell vom 2. Oktober 2008 haben führende Ökonomen aus Europa und den USA, darunter DIW-Präsident Klaus F. Zimmermann, die europäischen Staaten zu einem gemeinsamen Vorgehen in der Finanzmarktkrise aufgerufen. Die Krise sei noch beherrschbar – nur ein schnelles, europaweit koordiniertes Vorgehen könne aber verhindern, dass sie außer Kontrolle gerate. Rein nationalstaatliche Aktionen seien unzureichend.

Wir dokumentieren den Aufruf im Wortlaut:

Europas Bankenkrise: Ein Aufruf zum Handeln

Dies ist eine Krise, wie sie im Leben nur einmal vorkommt. Das Vertrauen zwischen den Finanzinstituten schwindet und Angst breitet sich aus. Die Erfahrungen in den USA in der vergangenen Woche zeigen, dass es nicht funktioniert, eine Bank nach der anderen zu retten. Wir brauchen einen das ganze System umfassenden Ansatz und in Europa bedeutet dies eine Initiative zur Rekapitalisierung des Bankensektors unter der Federführung der EU. Wenn sich die führenden Kräfte in Europa nicht umgehend und direkt gemeinsam um diese Krise kümmern bevor sie außer Kontrolle gerät, werden sie in Zukunft wohl eher darüber streiten, wie sie mit den Folgen fertig werden.

Europa befindet sich mitten in einer Krise, wie sie wohl nur einmal im Leben vorkommt. Jeder Europäer weiß was passierte, als die Finanzmärkte in den dunklen 30er Jahren zusammenbrachen. Es ist keine Übertreibung zu sagen, dass dies noch einmal passieren könnte, wenn die Regierungen nicht handeln. Wir behaupten nicht, dass es passieren wird, aber man muss sich bewusst sein, was auf dem Spiel steht.

Das Vertrauen zwischen den Finanzinstituten schwindet, und es besteht das Risiko, dass die Angst sich weiter verbreitet. Den Turbulenzen auf den Finanzmärkten muss Einhalt geboten werden, bevor der Realwirtschaft größerer Schaden entsteht. Die Spareinlagen Hunderter Millionen Europäer sind direkt bedroht. Wenn die Turbulenzen die Finanzmärkte lähmen, werden Arbeitsplätze und Unternehmen in großem Umfang zerstört. Eine weitere Schwächung der Realwirtschaft würde noch mehr Kredite gefährden und so einen Teufelskreis aus sinkenden Vermögenswerten, steigenden Kreditausfällen und abnehmender Kreditvergabe erzeugen.

Die Maßnahmen der politischen Entscheidungsträger in den USA sind zwar willkommen, reichen jedoch nicht aus. Auch Europa muss entschlossen handeln.

Politische Nachwirkungen: Die nationalen Maßnahmen müssen durch Maßnahmen auf europäischer Ebene ergänzt und koordiniert werden.

Die Regulierungsbehörden in den USA haben in der vergangenen Woche erfahren, dass es nicht funktioniert, eine Bank nach der anderen zu retten. Eine das ganze System umfassende Krise erfordert auch das ganze System umfassende Maßnahmen.

In Europa bedeutet die Rettung einer Bank nach der anderen entweder einen Rettungsversuch seitens einer einzelnen Nation trotz wesentlicher Nebenwirkungen für die angrenzenden Länder oder in letzter Minute improvisierte Koordinationsmaßnahmen und Vereinbarungen darüber, wie die Belastung der öffentlichen Finanzen aufzuteilen ist. Zwar waren die bisherigen nationalen Maßnahmen und Ad-hoc-Kooperationen sinnvoll. Die gegenseitige Abhängigkeit der europäischen Banken ist jedoch zu groß und zu weit verbreitet, als dass nationale Maßnahmen oder Koordinationsanstrengungen im Einzelfall ausreichen würden. Jede nationale politische Intervention und jede gemeinsame Intervention von nur wenigen Ländern kann für die anderen europäischen Nationen unvorhersehbare Folgen haben. Es ist von wesentlicher Bedeutung, dass sich die nationalen Regulierungsbehörden an einen Tisch setzen und ihre Maßnahmen koordinieren und – wo dies erforderlich ist – europaweite Lösungen entwickeln.

Jetzt, solange die Situation noch beherrschbar ist, muss gehandelt werden. Die Ereignisse der vergangenen Woche in den USA zeigen, dass Finanzkrisen nicht sanft und vorhersehbar auftreten. Ein unerwartetes Ereignis kann eine ganze Reihe von Ausfällen und Panikhandlungen auslösen, die Schritt für Schritt immer schwieriger zu kontrollieren sind.

Lösungen

Die Lösung wird sich aus vielen einzelnen Teillösungen zusammensetzen. In den USA ist es zur Bekämpfung der aktuellen Krise erforderlich, die Liquidität der Geld- und Finanzmärkte wiederherzustellen und die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Verbriefung erstklassiger Hypotheken und anderer illiquider aber hinreichend homogener und transparenter Kapitalanlagen zu schaffen. In Europa ist das Hauptproblem die Höhe des Fremdkapitals bei den international tätigen Großbanken. Daher muss sich der Beitrag der EU auf die Rekapitalisierung des Bankensektors konzentrieren und zwar durch Bereitstellung öffentlichen Kapitals oder durch eine vorgeschriebene Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital. Dies muss auf EU-Ebene (zum Beispiel durch die Europäische Investitionsbank) geschehen. Der aktuelle Ansatz zur Rettung einer Bank nach der anderen durch nationale Mittel wird zu einer Balkanisierung des europäischen Bankensektors führen. Es wäre auch wichtig, einen harmonisierten Ansatz für die Einlagensicherung zu vereinbaren.

Um künftige Krisen dieser Art zu verhindern, wird auch eine Regulierung der europäischen Finanzmärkte und -institutionen auf europäischer Ebene erforderlich sein.

Das Problem besteht nicht darin, dass das Wissen, wie eine solche Finanzkrise zu stoppen ist, fehlt, sondern der politische Wille.

Wenn sich die führenden Kräfte in Europa nicht umgehend und direkt gemeinsam um diese Krise kümmern bevor sie außer Kontrolle gerät, werden sie in Zukunft wohl eher darüber streiten, wie sie mit den Folgen fertig werden.

Erstunterzeichner:

Alberto Alesina (Harvard, Cambridge US), Richard Baldwin (Graduate Institute, Geneva), Tito Boeri (Bocconi, Milan), Willem Buiter (LSE, London), Francesco Giavazzi (Bocconi, Milan), Daniel Gros (CEPS, Brussels), Stefano Micossi (Assonime, Rome), Guido Tabellini (Bocconi, Milan), Charles Wyplosz (Graduate Institute, Geneva), Klaus F. Zimmermann (DIW Berlin und IZA Bonn).

Wenn Sie sich diesem Aufruf anschließen wollen, können Sie dies unter folgendem Link tun:

www.voxeu.org/index.php?q=node/add/signatory

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Redaktion

Kurt Geppert
PD Dr. Elke Holst
Carel Mohn
Dr. Vanessa von Schlippenbach
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die
Stabsabteilung Kommunikation des
DIW Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.



Finanzmarktkrise: Staatsgarantien statt Verstaatlichung

von Christian Dreger*

Die Entwicklung an den Finanzmärkten hält die Weltwirtschaft weiter in Atem. Nun ist auch Europa tief in den Strudel der Krise geraten. Eine Insolvenz systemrelevanter Institute könnte sich aufgrund der starken Verflechtungen der Banken rasch ausbreiten und auf die Realwirtschaft übergreifen. Wachstumseinbußen wären die Folge.

Um Schaden von der Realwirtschaft abzuwenden, kommt es jetzt darauf an, das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors wiederherzustellen. Das 700-Milliarden-Paket der USA setzt auf die staatliche Übernahme notleidender Kredite. Andernfalls wäre es wohl zu deutlichen Einschränkungen der Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen mit kaum absehbaren Folgekosten gekommen. Ein solcher Schritt kann die Finanzkrise entschärfen, beigelegt ist sie indes noch nicht. Davon zeugen auch die jüngsten Kursrückschläge an den Aktienmärkten. Die Korrektur der Immobilienpreise wird noch zu weiteren Kreditausfällen führen und das Vertrauen dürfte nur langsam in die Märkte zurückkehren. Gleichwohl hat die Wirtschaftspolitik den Akteuren signalisiert, dass sie energisch gegen eine Ausbreitung der Krise vorgehen wird. Dies ist ein wichtiger Unterschied etwa zur Weltwirtschaftskrise.

Die Krise wird momentan von einigen Kommentatoren sehr undifferenziert beurteilt. So macht es durchaus einen Unterschied, ob Banken durch Abwertung ihrer Vermögenspositionen in ihrer Eigenkapitalbasis bedroht werden oder ob ihre Zahlungsfähigkeit durch Verwerfungen am Interbankenmarkt unterbrochen ist. Für die US-Banken sind Wertberichtigungen auf die Aktiva das Hauptproblem. In der europäischen Bankenkrise spielt hingegen das Risiko einer kurzfristigen Zahlungsunfähigkeit die entscheidende Rolle. Dies spricht dafür, dass die Kombination staatlicher Bürgschaften und kurzfristiger Liquiditätsbereitstellung durchaus angemessen ist. Solange die Vermögenswerte, die der Bürgschaft gegenüberstehen, am Ende ihrer Laufzeit mit hoher Sicherheit zurückgezahlt werden, ist das Risiko für den Steuerzahler gering.

Den staatlichen Bürgschaften stehen dabei durchaus Erträge für die Allgemeinheit gegenüber, weil eine systemische Bankenkrise und ein Übergreifen auf die Realwirtschaft verhindert werden. Ansonsten wäre der Staat durch Steuerausfälle und Mehrausgaben selbst Leidtragender. Eine Beteiligung am Eigenkapital der Banken ist ordnungspolitisch umstritten. Abgesehen davon, dass die Banken in öffentlicher Hand auch kein besseres Krisenmanagement gezeigt haben, kommt der Staat durch eine Kapitalbeteiligung in einen ernsten Interessenkonflikt. Er wäre in diesem Fall sowohl Mitspieler – und als Regulator – auch Schiedsrichter.

* Dr. habil. Christian Dreger leitet die Abteilung Konjunktur im DIW Berlin.